



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Titelthema:

Weltbühne Olympia

ab Seite 3

Heimat

Ist der Begriff noch zeitgemäß? Ein Blick auf die Herkunft und den Bedeutungswandel von der NS-Zeit über die DDR bis in die liberale Demokratie.

Seite 14

Digitaler Antisemitismus

Auf Plattformen wie Twitter zeigt sich Antisemitismus versteckt und über Seitenbezüge. Woran man sie erkennt und reale Fallbeispiele.

Seite 16

Wissenschafts- kommunikation

Mit dem Klimawandel und der Corona-Pandemie ist die Wissenschaftskommunikation wichtiger denn je. Wie sie gelingen kann.

ab Seite 19

Blick über den See

Inhalt

POLITIK

- 3** Weltbühne Olympia
- 6** Zwischen High-Tech und tiefer Tradition
- 8** „Spannungsfeld Naher und Mittlerer Osten“

GESELLSCHAFT

- 10** Abgehängt? Unsichtbar? Abgekapselt?
- 14** Missbrauchte Heimat
- 16** Digi-Antisemitismus: Wie sich latente Judenfeindschaft im Netz zeigt

WISSENSCHAFT

- 19** Wissenschaft und Gesellschaft im Gespräch: Erwartungen an die Wissenschaftskommunikation
- 20** Wissenschaftskommunikation in Zeiten von Wissenschaftsskepsis und Medienwandel

MEDIEN

- 26** Klicks vor Qualität?
- 28** Medienethik auf dem Prüfstand

AKADEMIE INTERN

- 25** Herzlichen Glückwunsch, Professor Hans Maier!
- 30** Effizienz zieht Zusatzarbeit an
- 32** Akademie heißt neue Dozentinnen willkommen
- 34** Vor 50 Jahren: Akademiekollegium berät mit Waldemar von Knoeringen das Modell einer „Kritischen Akademie“
- 35** Namen – Nachrichten
- 35** Impressum
- 36** Bartoszewski und Bayern
- 36** Wir spielen mit den Grundrechten
- 37** Vergelt's Gott!
- 38** Die Akademie trauert um Matthias Jena
- 38** Personelle Veränderungen im Beirat der Akademie
- 39** Neuerscheinungen
- 40** Namen – Nachrichten



An Themen mangelt es uns in der Akademie nie. Dafür sorgen nicht nur das deutsche „Superwahljahr 2021“, sondern die vielen Aufgaben, mit denen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, aber auch die Bürgerinnen und Bürger während dieser Pandemie konfrontiert sind. Dadurch kamen auch für uns viele neue Inhalte und bislang unbekannte Formate hinzu. Seit Kurzem beschäftigt uns, ob und wie es gelingen kann, die analoge und die digitale Welt zu verbinden. Nur scheinbar vereinen „hybride“ Formate die Vorteile der Präsenz mit denen der digital gestützten Ortsungebundenheit. Im Tagungs(planungs)alltag wird aus dem „Gebündelten oder Gekreuzten“ eher eine Doppelung – und zwar des Arbeits- und Kostenaufwands, aber auch der Fehleranfälligkeit. Und so haben wir akademieintern vieles zu klären: Wie geht man mit einer gehäuften Ummeldung der Gäste von digital zu analog und wieder zu digital um? Und was antwortet man eigentlich, wenn ein Wissenschaftler seine Zusage für einen Präsenzvortrag im Hörsaal davon abhängig machen will, dass auch andere Referentinnen und Referenten ebenfalls nach Tutzing reisen? Wenn man nicht wüsste, dass auch Beauftragte die vielen Unsicherheiten des menschlichen Daseins zwar verwalten, aber selten lösen können, lohnte sich vermutlich die Einsetzung eines oder einer Corona-Beauftragten.

Ebenfalls lohnen würde sich eine technische Ausstattung, die eine problemlose Zuschaltung sowohl von Vorträgen als auch von Gästen erlaubt – und zwar in der Ton- und Bildqualität, an die wir Medienaffinen gewöhnt sind. Dagegen steht aber nicht nur der technische und personelle Aufwand, sondern die grundsätzliche Frage nach dem Auftrag der Akademie. So dankbar ich bin, dass sich das Akademieteam die in einer Pandemie notwendigen Fertigkeiten souverän angeeignet hat, so wichtig ist mir die Akademie als analoger Tagungsort. Dieser Ort schafft die Möglichkeit, den eigenen Schreibtisch oder das Wohnzimmer zu verlassen, Menschen mit anderem Hintergrund und differierenden Ansichten zu treffen, sich zu informieren, sich auszutauschen und dabei auf andere – neue – Gedanken zu kommen. Natürlich: Wir werden das eine oder andere digitale Format beibehalten, und wir freuen uns, dass die digitale „Akademie am Abend“ auf großes Interesse stößt. Ganz besonders freuen wir uns aber, Sie zu treffen: bei uns in Tutzing oder bei einer der Außenveranstaltung – Sie persönlich.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Weltbühne Olympia

Traditionell ist Olympia neben dem sportlichen Wettkampf ein gesellschaftliches Großereignis, das die gesamte Welt verbindet und eine Bühne für die Politik bietet. Die Bühne der Spiele in Tokio sieht seit Corona anders aus als geplant.



© ISTOCK/AGNESSTREET

Der internationale Flughafen in Tokio (Haneda Flughafen) bereitete sich bereits auf die Olympischen Spiele 2020 vor. Die Verlegung auf 2021 kostete die Organisatoren rund 1,5 Milliarden US-Dollar. Nun dürfen auch kaum noch Touristen einreisen.

Nicht nur die Besonderheiten von Olympia in Japan, sondern auch die Geschichte der Spiele ebenso wie heiße sportpolitische Eisen erörterte eine Tagung, die gleich dem Sportspektakel um ein Jahr verschoben worden war. Die Tagung war eine Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen. Zunächst standen die Olympischen Spiele der Antike im Blickpunkt des Freiburger Sportwissenschaftlers und Historikers Diethelm Blecking: Frauen waren damals nicht mit dabei. Nur die Erstplatzierten

wurden ausgezeichnet. Bei Niederlagen drohte in der Heimat Schande. Im antiken Griechenland waren die Olympischen Spiele ein „Gottesdienst zu Ehren des Zeus“, so Blecking. Seit den von Coubertin initiierten ersten „Olympischen Spielen der Neuzeit“ 1896 in Athen habe sich die Motivlage verändert. Verlierer werden in der Regel nicht verspottet, allein die Teilnahme gilt als Erfolg. Heutzutage geht es um Sport und Unterhaltung. Daneben sollen die Spiele Frieden und internationale Verständigung symbolisieren. Blecking

Aberkennung von Medaillen bei Olympia aufgrund von Doping: Schlaglichter

1968 Mexiko-City



Der Moderne Fünfkämpfer Hans-Gunnar Liljenwall aus Schweden wird aufgrund von Alkohol im Blut als erster Sportler bei Olympia disqualifiziert.

1968: © ISTOCK/MASTER1305

1988 Seoul



Zwei Tage nach seinem 100-Meter-Gold in Weltrekordzeit wird dem Kanadier Ben Johnson die Goldmedaille aberkannt.

1988: © ISTOCK/FOTOGABLITZ

stellte verschiedene Theorien vor, die die vielfältigen Funktionen des Sports in der modernen Gesellschaft kennzeichnen: zum Beispiel das Verständnis von Sport als Habituslehre der Industriegesellschaft, in der es auf Konkurrenzkampf, Leistungsfähigkeit und Rekorde ankommt, oder als Frage von „schränkender Kommerzialisierung“ mit der Folge von Vereinnahmungen, Projektionen und Manipulationen.

Lange Liste mit „Problemspielen“

Zur Frage, inwieweit sich auf der Weltbühne Olympia System- und Regionalkonflikte zeigen, legte er eine lange Liste mit „Problemspielen“ vor, zum Beispiel die „Nazi-Spiele“ von Berlin im Jahr 1936 sowie die vielen Spiele, bei denen das Instrument des Boykotts eine Rolle spielte, so etwa 1980 in Moskau, als 60 Länder boykottierten, und 1984 in Los Angeles, als die Sowjetunion und ihre Satelliten fernblieben (der einzige Teilnehmer aus dem Verbund des Warschauer Pakts war Rumänien).

In der öffentlichen Debatte wird pauschal auf Sittenverfall oder Kommerzialisierung verwiesen. Der Soziologe Felix Kühnle hält Doping für ein soziales Konstellationsphänomen.

Mit den Themen Doping sowie Depressionen im Spitzensport widmete sich der Darmstädter Sportsoziologe Felix Kühnle zwei Problembereichen des Sports, die sich auf Olympia, aber auch darüber hinaus auswirken. Zur Erklärung erwiesener Dopingfälle wird in der öffentlichen Diskussion oftmals pauschal auf „Sittenverfall“ und „Kommerzialisierung“ verwiesen. Kühnle hält Doping dagegen für ein Konstellationsphänomen, bei dem verschiedene Systeme hineinspie-

len. Er analysierte aus soziologischer Perspektive die Beziehungen des nationalen Spitzensports zu seinen verschiedenen Leistungsabnehmern: dem Publikum, den Medien, der Wirtschaft und der Politik.

Sport hat Moralisierungspotenzial

Für das *Publikum* ist Sport fester Bestandteil des Freizeit- und Unterhaltungsebens und bedient eine Vielzahl typischer moderner Bedürfnisse: so den Wunsch nach einem „harmlosen Spannungserleben“ mit der Möglichkeit der Heldenverehrung sowie eines Gemeinschaftserlebens. Eine hohe Passfähigkeit des Spitzensports ergibt sich auch mit den *Massenmedien*, sagte Kühnle. Für diese sind die Publikumsattraktivität des Sports für hohe Einschaltquoten oder Auflagen interessant. Zudem sei Spitzensport Serienproduzent von Neugkeiten mit hohem Personalisierungs- und Moralisierungspotenzial. Auch für die *Wirtschaft* ist die Sichtbarkeit und Publikumsattraktivität wertvoll etwa mit Blick auf Personen- und Bandenwerbung sowie Imagetransfer. Für die *Politik* ist der Spitzensport ein Aspekt der internationalen Repräsentation und Herstellung eines *Wir-Gefühls*. Auch die Gewogenheit des Publikums für spätere Wahlentscheidungen lässt sich so unter Umständen steigern, so der Leiter des Arbeitsbereichs Sportsoziologie der TU Darmstadt.

Negative Folgen sportlicher Minderleistung

Kühnle erklärte, wie diese spezifischen Leistungsbeziehungen unbeabsichtigt Dopingneigung bewirken können: Erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler und Teams werden hofiert und medial bevorzugt, dauerhaften Verliererenden wird die Aufmerksamkeit entzogen, manchmal müssen sie sogar hämische Kommentare hinnehmen. Die erfolgreichen Athleten werden von der Wirtschaft bevorzugt, sportliche Minderleistung führt in der Regel zur Reduzierung oder gar Entzug von Fördermitteln.

2000 Sydney



Der US-Sprinterin Marion Jones werden sieben Jahre später ihre drei Gold- und zwei Bronzemedailien aberkannt.

2000: © ISTOCK/ALIAKSANDR ANTANOVICH

2002 Winterspiele von Salt Lake City



Dem für Spanien startenden Langläufer Johann Mühlegg werden drei Goldmedaillen aberkannt.

2002: © ISTOCK/AFRICANWAY

Kühnle gab zudem Einblicke in seine Forschungen zum Thema „Depression im Spitzensport“. Dafür hatte er kurz vor der Tagung den Wissenschaftspreis des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) erhalten. Kühnle wies auf das Phänomen hin, dass Sportakteure immer häufiger mit Depressionen und Burn-Out-Syndromen in Verbindung gebracht werden.

Symbolfigur „depressiver Athlet“

Kühnle konstatierte ein „Doppelleben“ der Depression als psychischen Leidensdruck einerseits und Kommunikationsthema andererseits. Depression von Spitzensportlern habe sich zu einem Modethema in der Sportöffentlichkeit und Massenmedien entwickelt, welches trotz häufiger Erörterung immer noch als „Tabu“ gekennzeichnet wird. Die „Sozialfigur des depressiven Athleten“ trete als Symbolfigur im gesellschaftlichen Diskurs über Depression als Volkskrankheit auf. So sei ein Narrativ der Unmenschlichkeit des Spitzensports entstanden. Kühnle plädierte jedoch dafür, den Spitzensport nicht zu schnell zu pathologisieren.

Die Ausrichtung der Olympischen Spiele bedeutet für das Gastgeberland auch immer, auf der Bühne der Weltöffentlichkeit zu stehen. Ursprünglich wollte Japan mit den Olympischen Spielen 2020 an den Erfolg der Spiele aus dem Jahr 1964 anknüpfen, wie Jane Khanizadeh vom Japan-Zentrum der Ludwig-Maximilians-Universität München ausführte. Damals konnte Japan den erfolgreichen Wiederaufbau und seine Resilienz nach dem II. Weltkrieg präsentieren.

Japans Erholung nach der Dreifachkatastrophe

Die Spiele sollten nunmehr eine Bühne für eine neue Inszenierung Japans sein, insbesondere Japans Erholung nach der Dreifachkatastrophe aus Erdbeben, Tsunami und Fukushima aus dem Jahr 2011 zeigen. Japan sollte gegenüber dem Ausland als ein auf die Zukunft ausgerichtetes und dabei gleichzeitig an seinen

Traditionen festhaltendes Land gesehen werden. Die internationalen Zuschauer sollten vor Ort erleben, wie Japan die Spiele mit Nachhaltigkeitskonzepten und hohen sozialen Standards durchführt. Japan hat aber Probleme, die verkündeten Werte wie Diversität und Gleichberechtigung aufgrund nach wie vor wirksamer veralteter Gesellschaftsbilder nicht lediglich als dekorative Phrasen aussehen zu lassen, so Khanizadeh. Jedenfalls seien die japanischen Eliten aufgrund der internationalen Bühne Olympia gezwungen, sich intensiver mit entsprechenden Themen auseinanderzusetzen.

Differenzgesellschaft Japan

Gabriele Vogt vom Japan-Zentrum der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktorin des Departments für Asienstudien ging näher auf die Dynamiken von Politik und Gesellschaft Japans ein.

Die Spiele in Tokio aus dem Jahr 1964 fielen in eine Zeit, die von Wirtschaftswachstum und sozialer Gleichstellung geprägt war. Parallel zum Hochwachstum entstand das Bild eines egalitären und homogen Japans und einer „Mittelschichtsgesellschaft“. Diese ist mittlerweile von einer Differenzgesellschaft abgelöst worden, so Vogt.

Die ökonomische Schere klaffte in Japan immer mehr auseinander. Besonders davon berührt seien nicht-regulär Beschäftigte, Alleinerziehende und deren Kinder sowie Senioren. Frauen seien besonders von Armut bedroht. Ursachen seien Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, der sich inzwischen deutlich sichtbar in regulär und nicht-regulär Beschäftigte aufgeteilt hat. Letztere sehen sich niedrigen Löhnen, einer unsicheren Beschäftigung und einem eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen gegenüber. Als Reaktion darauf haben sich in Japan verschiedene Protestbewegungen formiert, die sich gegen die Prekarisierung, die Atompolitik und für mehr Demokratie in dem von dem Interessengeflecht aus Politik, Bürokratie und Wirtschaft geprägten Japan („Eisernes Dreieck“) einsetzen.

Gero Kellermann

2008 Peking / 2012 London



Nachträgliche Aberkennung von 88 Medaillen. Kurios: Die amerikanische Hochspringerin Chaunte Lowe, die in Peking sechste geworden war, erhielt aufgrund von Disqualifikationen ihrer Konkurrentinnen acht Jahre später die Bronzemedaille.

2008/2012: © ISTOCK/ZIMANADY_KLGD

2016 Rio de Janeiro



Nachträgliche Aberkennung von zwei Medaillen. Dem kirgischen Gewichtheber Isat Artykov und dem moldawischen Kanusportler Sergei Tarnovschi werden wegen Doping die Bronze-Medaillen nachträglich aberkannt.

2016: © ISTOCK/SERGEY NAZAROV



Vor dem imposanten Kaiserpalast in Tokio: Was sich innen abspielt siehe Kasten „Japans Kaiserhof“ auf der folgenden Seite.
© iStock/golaizola

Zwischen High-Tech und tiefer Tradition

Japan gehört zu den führenden High-Tech Nationen und beweist große technische Innovationskraft in Bezug auf Zukunftsthemen wie der Elektromobilität. Gleichzeitig stellen sich konservative Kräfte in Politik und Gesellschaft Reformen und Modernisierungsbestrebungen entgegen.

Der regierenden Konservativen Partei stehen einzelne liberalere Politikerinnen gegenüber, so etwa die Gouverneurin von Tokio Yuriko Koike. Japans neuer Regierungschef Yoshihide Suga wird den konservativen Kurs seines langjährigen Vorgängers Shinzo Abe fortführen. Dennoch ist die Regierungsstabilität in Japan nicht selbstverständlich. Neuwahlen, Regierungswechsel und Parteineugründungen (mit dem alten Personal) prägen die moderne Politik.

Jubelnde Zuschauer, strahlende Sportlerinnen, perfekte Organisation: So stellt sich die Welt große Sportereignisse vor. Olympische Spiele haben ungeachtet der Diskussionen über Funktionäre, Bestechung und Doping hohen symbolischen Wert. Die Fotos gehen um die Welt und verfügen über einen hohen politischen Signalcharakter und sozialen Deutungsrahmen. Nach der Atomkatastrophe in Fukushima (offiziell ist die Katastrophe nicht das zerstörte Atomkraftwerk, sondern der Tsunami), den ewigen Debatten über Japans Wirtschaftslage, den hohen Schuldenstand und die Außenpolitik, erwartete man einen Imagegewinn. Das Land hoffte an die große internationale Aufmerksamkeit anknüpfen zu können, die die Feierlichkeiten zur Thronbesteigung Kaiser Naruhitos 2019 generierten.

Außenpolitische Spannungen

Die Beziehungen zur asiatischen Nachbarschaft sind getrübt bis angespannt. Territorialdispute mit Peking und Seoul um Inseln und nationalistische Strömungen in China und Japan belasten die jeweiligen bilateralen Beziehungen. Der Zwang, die Interessen

Japan's Kaiserhof

Der amtierende Tenno hat keine männlichen Nachkommen. Kronprinz Akishino, der jüngere Bruder des Kaisers, wird Naruhito nachfolgen. In diesem Zusammenhang stehen auch die Kinder von Kronprinz Akishino und das jüngste Prinzessinnendrama: Prinzessin Mako, ältestes Kind, Nichte des Kaisers, ist gleichzeitig die Tochter des zukünftigen Kaisers (Akishino). Heiratet sie gegen den Willen des Kaiserlichen Haushaltes einen Bürgerlichen, verliert sie laut Gesetz kaiserliche Privilegien und Titel, steht aber auch nicht mehr für offizielle Aufgaben zur Verfügung. Umgekehrt aber heirateten der emeritierte Kaiser Akihito, der amtierende Kaiser Naruhito und Kronprinz Akishino mit Kaiserin emerita Michiko, Kaiserin Masako und Kronprinzessin Kiko jeweils „Bürgerliche“. Geschichte, Riten und Vorschriften, wie auch die Gesetzeslage des japanischen Kaisertums sind komplex, tragen aber auch zum geheimnisvollen Mythos um den ältesten und einzigen noch existierenden imperialen Hof der Welt bei.

konservativer und patriotischer Kreise in Japan zu berücksichtigen, erschwert Bemühungen hinsichtlich einer umfassenden Entschuldigung für Besatzung und Kriegsgräuel in Asien vor und während des Zweiten Weltkriegs. Japans Bemühungen um sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der Region werden abgebürstet mit dem Verweis auf die Okkupationspolitik des Japanischen Kaiserreiches. Ungeachtet der südostasiatischen Befürchtungen in Bezug auf die neue Supermacht China, gelingt es Japans Diplomatie außerhalb der Wirtschaftswelt nicht, ein belastbares Netz von Bündnispartnern zu weben. So war beispielsweise aus den Philippinen zu hören: „Nie mehr ein japanisches Schiff“ in unseren Gewässern. Es ging um Bemühungen, eine gemeinsame ostasiatische Piraterie-Abwehr zu etablieren. Auch gilt Japan als USA-nah. Tatsächlich sind Japan und Südkorea ein fester Bestandteil des amerikanischen Verteidigungssystems im Westpazifik.

USA als Bündnispartner nicht verlässlich

Die USA werden durch die Indo-Pacific Strategy und das Quad Arrangement (mit Australien, Japan, Indien) der Region Truppen, Schiffe und Mittel eher senden als abziehen. Absolut verlassen kann sich Japan auf die amerikanische Allianz und die KomplettAufgabe der „America First“-Politik aber nicht. Auch die Biden-Regierung wird sich innenpolitischen Zwängen beugen müssen und hat u.a. Pandemiebekämpfung und wirtschaftlichen Aufbau in den USA als Prioritäten gesetzt. In Japan ist eine pazifistische Grund-

haltung und die Ablehnung gegenüber Offensiv- und Nuklearwaffen weit verbreitet. Die Debatten über den Status der eigenen „Selbstverteidigungskräfte“ und die amerikanischen Militärbasen im Land sorgen für Differenzen.

Neue Sportarten im Programm

Günstig: Die in Japan populären Sportarten Baseball und Karate sind neu im Olympiaprogramm. Japan ist eine erfolgreiche Baseball- und legendäre Kampfsportnation. Auch neu und trendy: Sportklettern (Boulder Weltcupgewinnerin Akiyo Noguchi hat eine Chance) und Surfen interessieren Sportbegeisterte. Grundsätzlich sind Japans Medaillenhoffnungen außerhalb von Turnen, Kampfsport, Schwimmen und Tennis (durch Superstar Naomi Osaka) nicht sehr groß.

Dafür verbreitet sich die Ablehnung gegen die Mega-Sportveranstaltung durch die Corona-Pandemie. Die 35 Millionen Bewohner der Region Tokio, einem der größten Ballungsräume der Erde, fürchten eine Ausweitung des Infektionsgeschehens. Große Hitze und Luftfeuchtigkeit lassen den Ort suboptimal erscheinen. Die Milliardenkosten sind ein Thema – unabhängig von Beteuerungen, die Sportstätten seien für eine langfristige Nutzung geplant.

Superstar nicht ausreichend japanisch

Wichtiger sind aber kulturelle und geografische Besonderheiten. Die japanische Gesellschaft und ihr Inselstaat zeichnet sich durch große Homogenität aus. Gleichheit, Disziplin und Anpassung gelten als japanische Grundwerte. Die Idee, hier mit dem Motto „Vielfalt und Diversität“ für Olympia zu werben, ging an kulturhistorischen Empfindlichkeiten vorbei. Tennis-Superstar Naomi Osaka beispielsweise gilt als nicht ausreichend japanisch. Sie ist zwar in Japan geboren, doch in den USA aufgewachsen und ihr Vater kommt aus Haiti. Ihre japanischen Sprachkenntnisse werden als nicht ausreichend kritisiert.

Auch ökonomische Faktoren spielen eine Rolle. Ohne Zuschauer fallen Einnahmen durch Karten, Reisen und Konsum vor Ort weg. Kleinhändler, Reiseführer, Restaurant- und Hotelbesitzer fragen, was sie von dem Mega-Event mit leeren Rängen haben. Vielleicht werden es traurige Sportveranstaltungen, die nie stattgefunden hätten, säßen nicht die Winterspiele 2022 in der Volksrepublik China Japan sprichwörtlich im Nacken. Peking wird genau nach Tokio sehen, besorgt auch über die Entwicklung im benachbarten Nordkorea, wo die Versorgungslage katastrophal und die Pandemiesituation intransparent ist, und versuchen, noch bessere, sicherere, erfolgreichere Olympische Spiele durchzuführen.

Saskia Hieber

„Spannungsfeld Naher und Mittlerer Osten“

Vor den Wahlen in Israel und Iran erläuterten die Nahostkorrespondentin und stellvertretende Chefredakteurin der SZ, Alexandra Föderl-Schmid, und die Iran-Expertin der Ludwig-Maximilians-Universität München, Christl Catanzaro, die Situation im „Spannungsfeld Naher und Mittlerer Osten“ – der Titel unserer Online-Tagung im Juni.

Alexandra Föderl-Schmid: „Zyklen des Wahnsinns beobachten wir im Nahen Osten“. Neu ist die Gewalt auf vielen Ebenen zwischen arabischen Israelis, bzw. Palästinensern und Juden. Das gab es 2017 und 2018 nicht. Neu ist auch, dass innerhalb weniger Tage 4.000 Raketen aus Gaza verschossen wurden, bewusst auch auf Jerusalem. Die Hamas schießt wahllos, umgekehrt trifft auch israelischer Beschuss auf Gaza Zivilisten, die mit der Hamas nichts zu tun haben. Die Hamas in Gaza ist ein islamistisches Regime, das die Bevölkerung und insbesondere die Frauen unterdrückt. „Aber sie ist gewählt, das vergessen Europäer oft“, betont Föderl-Schmid. Die Fatah dagegen ist gespalten, korrupt und befürchtet Machtverlust. Präsident Abbas, 2005 für eine Amtszeit gewählt, regiert seitdem ohne Mandat. Seit 15 Jahren gab es keine Wahlen in den Palästinensergebieten – besonders viele Erstwähler sind enttäuscht. Als Gründe wurden ein Streit mit Israel und die Coronakrise genannt.

Mit zwanzig Prozent bilden arabische Israelis und Palästinenser einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung. Doch diese Bevölkerungsgruppe leidet unter einer Arbeitslosenquote von 60 Prozent und unter den Bedingungen der Zwei-Klassengesellschaft, insbesondere was medizinische Versorgung und öffentlich Sicherheit betrifft. Die Grenzen und Checkpoints stellen eine erhebliche Belastung dar. Föderl-Schmid: „Der Alltag für arabische Israelis ist schlimm. Keine Krebsbehandlung für 4 Millionen Menschen.“ Schwerkranke Kinder, die z.B. eine Dialyse brauchen, können nicht versorgt werden. Kriminelle Banden beherrschen Stadtteile.

Eine relevante Frage ist, warum die Situation immer so schnell eskaliert. Zwei Faktoren sind hier zu benennen. Zum einen die Unmöglichkeit, aus dieser Situation einfach auszusteigen und zum anderen die

historischen Hintergründe wie beispielsweise die Balfour-Erklärung (in der sich Großbritannien mit der Schaffung einer ‚nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina‘ einverstanden erklärte), der UN-Teilungsvorschlag zum Ende der britischen Mandatsherrschaft (zwei Staaten in Wirtschaftsunion) und der 6-Tage-Krieg (in dem sich Israel 1967 gegen arabische Nachbarländer durchsetzte). Aktionen Israels, den Tempelberg und den Zugang zur Al-Aqsa Moschee am Ende des Ramadan zu sperren, heizen die explosive Lage weiter an.

Dennoch, so Föderl-Schmid: „Die Internationale Staatengemeinschaft muss alles tun, um eine Lösung zu erreichen, auch unter Bedingungen der Hoffnungslosigkeit.“

Keine populären Reformer als Kandidaten in Iran

„Keine Reformer ist Sicht“ lautet die vorläufige Bewertung der Wahlen in Israel und in Iran. Insbesondere in Iran zieht mit dem neuen Präsidenten Ebrahim Raisi, einem Hardliner, und bisher Justizchef in Teheran, neuer Konservatismus in die Politik ein. Präsident Hassan Rohani konnte nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Catanzaro: „Rohani galt als vergleichsweise moderat“.

Christl Catanzaro erläutert Besonderheiten des Wahl-systems in Iran. Der 12-köpfige Wächterrat, eines der mächtigsten Gremien im politischen System, entscheidet über die Zulassung der Kandidaten. Grundsätzlich kann sich jeder Iraner (laut Abstammung und Staatsangehörigkeit) zwischen 30 und 73, der Muslim und gesund ist und auch keine Vorstrafen erhielt, bewerben; auch Frauen. Zu weiteren Zulassungskriterien gehören Führungsfähigkeit, guter Leumund, Wahrhaftigkeit, Gottesfurcht und das Bekenntnis zum islamischen Glauben als offizielle Lehre und Grundlage der Islamischen Republik. Ein Kriterienkatalog mit Interpretationsspielraum also. Doch aus 592 Kandidaten (darunter etwa 30 Bewerberinnen) wurden nur sieben ausgewählt. Catanzaro: „Die dürfen nicht zu populär und gemäßigt, oder gar reformistisch oder modern sein. Und es war wieder keine Frau zugelassen“. Nach iranischer Tradition gelten Frauen als für das Präsidentenamt nicht geeignet. In anderen Gremien, in Provinzen, im Parlament und an Hochschulen sind Frauen aber durchaus vertreten, so Catanzaro. Der Widerspruch, dass Iraner zwar Präsident und Parlament direkt wählen, aber nur aus einem kleinen Kreis vorausgewählter, konservativer Kandidaten, könnte sich zu einer Systemkrise aus-

wachsen. Iran hat eine junge Bevölkerung – und die ist interessiert an Konsum, Mode, etc. Viele boykottieren die Wahlen, weil gemäßigte Kandidaten ausgeschlossen wurden.

Der Präsident ist zwar Chef der Exekutive, doch seine Funktion ist eher repräsentativ. Das Machtzentrum in Iran ist der religiöse Führer (seit 1989 Ali Chameini), er steht über der Verfassung und ernennt bzw. besetzt und kontrolliert alle zentrale Organe von den Streitkräften über die Justiz bis zum Wächterrat. Einzig der Expertenrat könnte den Religionsführer absetzen. Auf dem Feld der Streit- und Sicherheitskräfte sind neben dem regulären Militär (Artesh, ca. 350.000) auch die Revolutionsgarden (Pasdaran, ca. 120.000) aktiv. Zu den Pasdaran gehört auch die Quds-Einheit (zuständig für Sondereinsätze im Ausland) und die Basij-Miliz (90.000 bis mehrere Millionen). Außerhalb dieser institutionalisierten Kräfte, zu denen alle Präsidentschaftskandidaten Verbindungen haben, existieren eine Reihe paramilitärischer Gruppen. Iran ist militarisiert. Eine

Uniform aber hält von illegalem Treiben und Profitstreben nicht ab. Die Pasdaran verfügen nicht nur über eigene Luft-, See- und Landstreitkräfte, sie sind am Alkoholschmuggel beteiligt. Die Basij-Milizen wiederum sammeln den illegalen Alkohol ein und bestrafen entsprechende Vergehen. Das eingesammelte Schmuggelgut taucht allerdings auf grauen Märkten wieder auf.

In Iran leben sehr verschiedene ethnische Gruppierungen, insbesondere entlang der Grenzen. „Nur 63 Prozent der Iraner sind Perser, nur 51 Prozent sprechen Persisch als Muttersprache“ beschreibt Christl Catanzaro diese gesellschaftspolitische Situation. Die meisten Menschen sind Schiiten. Christentum, Judentum und Zoroastrismus sind anerkannte religiöse Minderheiten.

Israel bleibt Staatsfeind Nr. 1

Der Sturz der irakischen Regierung 2003 resultierte in einem sicherheitspolitischen Umbruch und einer Veränderung des regionalen Machtgefüges. Die

Sorge der arabischen Welt galt einer Ausweitung iranischem Einflusses. Umgekehrt wird die ökonomische Situation in Iran und Zusammenarbeit in der Region immer kritischer. Catanzaro: „Iran hat kein Geld. Die Wirtschaftslage ist katastrophal. Familien können sich kein Fleisch mehr im Eintopf leisten – seit Monaten, teils seit Jahren“.

Mit dem Argument, die Rechte islamischer Brüder zu verteidigen, unterstützt Iran einige revolutionäre und terroristische Gruppen wie Hamas, Hisbollah und Huthis mit Ausbildung, Geld und Waffen. Der IS wird bekämpft und gefürchtet. Die schiitische Schutzmacht Iran ist einer der größten Gegner der sunnitischen Terroristen. Israel bleibt Staatsfeind Nr. 1. Anti-israelische und anti-amerikanische Demonstrationen wirken inszeniert. Dennoch: ein Misstrauen gegen den Westen bleibt. Was ebenfalls bleibt: Iran ist kein Rechtsstaat.

Saskia Hieber



Die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens: Konfliktgeladene Akteurskonstellationen

© iStock/dikobraziy



© iSTOCK/MEINZAHN

Gesellschaftlicher Wandel und Krisen führen dazu, dass sich immer mehr Menschen aus der Mitgestaltung der Demokratie zurückziehen. Die Studie „Die andere deutsche Teilung“ von More in Common hat herausgefunden, dass etwa 30 Prozent der Bürger in Deutschland nicht mehr politisch und gesellschaftlich eingebunden sind und bezeichnet diese Menschen als das „abgehängte Drittel“.

Abgehängt? Unsichtbar? Abgekapselt?

Der Zustand eines Gemeinwesens bemisst sich wesentlich an der Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts. So ist es immerwährende Aufgabe des demokratischen Staates, integrativ in die Gesellschaft hineinzuwirken, soziale Ungleichheiten auszubalancieren und Brüche zu kitten, sodass jede und jeder Einzelne die Gemeinschaft als deren ebenbürtiger Teil grundsätzlich und gerne mitgestalten kann. Allerdings ist jede Gesellschaft Veränderungen unterworfen.

Die großen Transformationen der Gegenwart haben neue Dynamiken geweckt, die zunehmend zur Spaltung und Polarisierung führen. Die sozialen Randzonen erfahren Zulauf, die gesellschaftliche Mitte erodiert und dort, wo sie ehemals zu verorten war, kristallisiert sich ein „unsichtbares Drittel“ (so eine Studie von More in Common): ein steigender Anteil an Menschen, die sich aus der Gestaltung der Demokratie zurücknehmen. Doch woran liegt das? Was treibt Gesellschaften auseinander und – vor allem – was können wir dagegen unternehmen?

„Die Polarisierung ist die Signatur des 21. Jahrhunderts“, stellt Wolfgang Merkel (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) fest. Mit den pandemischen, klimatischen und Migrationsherausforderungen treffen heute akute externe Krisen auf eine latente Demokratieerosion, in der „illiberale“ Vorstellungen an Attraktivität gewinnen. Diese „neuen“ Krisen sind stärker „kulturell“ konnotiert als im 20. Jahrhundert und vor allem gründen sie nicht nur auf objektiven Sachverhalten, sondern auf subjektiver Konstruktion. Durch diese normative Konnotation erfahren sie eine moralisierende Aufladung, zumal in der Gesellschaft die jeweilige Positionierung gegenüber den drängenden Herausforderungen und ihren Bewältigungsstrategien zunehmend als „Ausdruck der eigenen moralischen Überlegenheit“ aufgefasst wird. Folge ist ein neuer Grad an Polarisierung und mit ihm die anhaltende Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Neue Krisen als Spaltpilze

Die doppelte Ebene der neuen Krisen zeigt sich mit Jenny Preunkert (Universität Duisburg-Essen) an der Euro- und Staatsschuldenkrise, die als Störung und Narrativ im besonderen Maße zusammengekommen sind. Sie haben wechselseitig einen Krisenverlauf ergeben, der einerseits ideologische Spannungen innerhalb der Eurozone befördert hat. Andererseits hat er innergesellschaftlich polarisiert und den Populismus befördert, was sich etwa an der Entstehungs geschichte der AfD zeigen lässt. Die sogenannte Migrationskrise hat die gesellschaftliche Spaltung weiter befördert, indem sie normativ aufgeladene Konflik-

te um Lebensformen zwischen den multikulturellen Kosmopoliten, bestehend vorwiegend aus der urbanen akademischen Mittelschicht, auf der einen Seite und national orientierten Modernisierungsskeptikern auf der anderen angeheizt hat: Die „Sozialfigur des Migranten“ vereinigt in sich seitdem den grundlegenden Widerstreit der Lebensformen, so Cornelia Kopfetsch (Technische Universität Darmstadt). Und nicht zuletzt hat die Coronapandemie unsere Gesellschaft weiter auseinanderdividiert. Denn in Krisenzeiten erfährt der Rückgriff auf Solidarität und Solidaritätseinforderung Hochkonjunktur. „Diese allgegenwärtige Solidaritätsfrage geht mit Polarisierungen einher“, erklärt Marianne Kneuer (Stiftung Universität Hildesheim). Hinzu tritt ein weiteres Phänomen, welches sich an der Bereitschaft, Einschränkungen hinzunehmen, illustrieren lässt. Empirische Untersuchungen zeigen, dass bei einer überwiegenden Bevölkerungsmehrheit eine solche Akzeptanz vorliegt. Allerdings spiegelt sich dies nicht in der öffentlichen Wahrnehmung wider. Das hat laut Kneuer damit zu tun, dass diejenigen, die die Maßnahmen unterstützen, weniger sichtbar sind und weniger mediale Aufmerksamkeit bekommen als die sehr viel kleinere Gruppe derjenigen, die sich der Maßnahmen verweigern, bewusst keine Masken tragen oder sich als Corona-leugnerinnen oder Querdenker bei Demonstrationen zeigen. Damit wird in der Öffentlichkeit eine Spaltung konstruiert, die es als solche nicht gibt, die aber dennoch desintegrative Wirkung entfaltet.

Verwissenschaftlichung der Politik

Ein zusätzliches Eskalationsmomentum folgt aus der mangelnden Expertise der Politik im Angesicht der Komplexität der Krisen. Politische Entscheidungsträger klammern sich an Aussagen der Wissenschaft. Sie beschränken sich mehr auf die Administrierung der Erkenntnisse, als dass sie sich dem Gemeinwohl in einem abwägenden, unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen einschließenden Prozess annähern würden. Stattdessen, so Merkel, wird das Politikergebnis a priori von der Wissenschaft vorgegeben. Das Essenzielle der Politik, die Profilierung von Alternativen und der Wettbewerb um die beste Lösung, wird wegklassifiziert. Politik büßt durch ihre Verwissenschaftlichung – und damit Entpolitisierung – ihre Integrationsleistung ein, die gerade im fortwährenden Aushandeln von mehrheitsfähigen Entscheidungen und Entwickeln von Kompromissen besteht. Folge ist die Verfestigung gesellschaftlicher Erosion und die Verfestigung einer „Zwei-Drittel-Demokratie“ – mit rund einem Drittel der Bevölkerung, das der demokratischen Ordnung und ihrer Gestaltung nichts abgewinnen kann. Doch auch die anderen beiden Drittel zerfasern schlechend in sich, wozu die „Vermarktlichung von Gesellschaft und sozialen Beziehungen“ infolge von Art und Weise der Globalisie-

rung und Auswüchse des Neoliberalismus zur Jahrtausendwende beigetragen haben, so Peter Imbusch (Bergische Universität Wuppertal).

Zwei-Drittel-Demokratie und doppelte Vertrauenskrise

In der postpandemischen Zukunft sieht Wolfgang Merkel wenig Hoffnung auf Besserung, da sich das politisch erodierte Krisenmanagement als eine Art „Sediment auf Institutionen, Regeln und kollektives Gedächtnis“ zu legen droht. Als zusätzliche Herausforderung diagnostiziert Laura-Kristine Krause (Gründungsgeschäftsführerin der Forschungsorganisation More in Common) auf Grundlage von Umfragedaten eine doppelte Vertrauenskrise: Zum einen steht das politische Institutionenvertrauen stark unter Druck; zum anderen falle das abstrakte Sozialvertrauen in unsere Mitmenschen gering aus. Mithin zeigen empirische Erhebungen eine Skepsis auf, ob Zusammenhalt im Großen überhaupt noch gelingen kann. Auch wenn die „Zwei-Drittel-Demokratie“ im Vergleich zu allen anderen politischen Ordnungen relativ gut funktioniere, erscheint die gesellschaftliche Erosion zunehmend bedenklich. Denn in Augen vieler Menschen liefert das System – so Krause – nicht ausreichend und hört nicht aufmerksam genug zu.

Gelegenheitsfenster für Populismus und Verschwörungsmythen

Die wachsenden Zweifel an der liberalen Demokratie und der empfundene Verlust von Identität öffnen nach Claus Oberhauser (Pädagogische Hochschule Tirol) ein Gelegenheitsfenster für Populismus, Verschwörungsmythen und Neo-Nationalismus. Ihre Vorkämpfer behaupten, dass sie das „wahre Volk“ im Blick hätten und erheben den Anspruch, dessen vermeintlich klar bestimmbaren Interessen als der „wahren Nation“ zu vertreten und zugleich Antworten auf die drängenden Herausforderungen parat zu haben. Darin spiegelt sich einerseits ein Alleinvertretungsanspruch wider, der mit der Demokratie, die immer pluralistisch ist, nicht vereinbar sein kann. Andererseits aber verweisen die Mythen und populistischen Glaubenssätze, so absurd sie auch klingen mögen, oft auf reale Probleme.

Ihr Risiko liegt darin, dass gesellschaftliche Gruppen sich auf diesem Wege ihre eigenen identitätsstiftenden Diskurse, Erinnerungen und Erzählungen schaffen. Internet und Social Media stellen zudem einen Austauschraum bereit, den es vorher so nicht gab – und den nun die Antipluralisten dazu nutzen, um Gesellschaften zu manipulieren. „Viele Menschen werden wir nicht mehr in die Gesellschaft zurück-

bekommen, weil diese Blasen mittlerweile so stark sind, dass sie zu ganzen Weltbildern herangewachsen sind", befürchtet Oberhauser.

Einen nuancierten Blick auf die deutsche Gesellschaft jenseits von Populismus und Verschwörungsmythen richtet Laura-Kristine Krause. Basierend auf den Studien von More in Common identifiziert sie sechs verschiedene Typen, welche nach ihrem subjektiv empfundenen Verhältnis zur politischen Ordnung konzipiert sind: die Offenen, die Involvierten, die Etablierten, die Pragmatischen, die Enttäuschten und die Wütenden. Diese Typen seien oft aussagekräftiger als demografische oder politische Indikatoren, anhand derer gesellschaftliche Fragen meist diskutiert werden. Bezeichnend ist, dass keine der sechs Gruppen in der Mehrheit ist. „Gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingt also nur dann, wenn wir den Brückenschlag zwischen den verschiedenen Typen vollbringen“, schlussfolgert Krause.

Das unsichtbare Drittel als neuralgischer Punkt

Besonderen Fokus legt Krause auf den gesellschaftlichen Pol der „Wütenden“ (mit einem Anteil von 19 Prozent an der Bevölkerung) und auf das Zwillingspaar der Pragmatischen (16 Prozent) und Enttäuschten (14 Prozent). Wo die „Wütenden“ als das eine gesellschaftliche Extrem Treiber der normativen Konflikte sind, sich in der lauten Systemschelte ergehen und sich nach nationaler Ordnung (zurück)sehnen, ziehen sich die Pragmatischen und Enttäuschten eher sang- und klanglos aus der demokratischen Gemeinschaft zurück. Gemeinsam bilden letztere das „unsichtbare Drittel“: Es ist politikfern, weil es ihm sowohl an politischer Heimat als auch am Gestaltungswillen fehlt; es ist diskursscheu und es glaubt weniger als andere an die eigene Handlungsmacht. Zusätzlichen Anlass zur Beunruhigung gibt, dass 45 Prozent der 18- bis 29-Jährigen zu diesem „unsichtbaren Drittel“ gehören und umgekehrt die gesellschaftlichen Stabilisatoren (die Involvierten und die Etablierten) die im Schnitt älteste Gruppe darstellen. Um das gesellschaftliche Sprengpotenzial einzuhegen, ist es unbedingt notwendig, das „unsichtbare Drittel“ wieder stärker in gesellschaftliche und politische Prozesse einzubinden.

Polarisierung von sozialen Milieus

Der erodierende gesellschaftliche Zusammenhalt gründet allerdings nicht nur auf dem Widerstreit von selbstzugeschriebenen Werteeinstellungen, sondern vor allem auf sozioökonomischen Ungleichheitsverhältnissen. So zeigt Olaf Groh-Samberg (Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (Socium) an der Universität Bremen), dass ökonomische Ungleich-

heiten bis auf wenige Ausnahmen weltweit steigen. Zugleich könnte man beobachten, wie sich Dynamiken der Ungleichheit in der Gesellschaft niederschlagen: Soziale Milieus driften auseinander und sozioökonomische Lebenslagen polarisieren sich. Das zieht die sozialräumliche Segregation in Städten und Stadtteilen und die institutionelle Segregation in Schulen, Vereinen, Unternehmen und Universitäten ebenso nach sich, wie die Fragmentierung von Öffentlichkeit und ihre Radikalisierung in Echokammern der Social Media. „Die Milieus werden immer homogener, weil sich die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nicht mehr vermischen.“

Abnehmende Aufstiegsmobilität

Diese (zusätzliche) Polarisierung wird auch an den Daten des Sozio-ökonomischen Panel ersichtlich, welche seit 1984 kontinuierlich erhoben werden. Aktuell befinden sich etwa elf Prozent der Bevölkerung in verfestigter Armut, sind also dauerhaft nicht nur einkommensarm, sondern auch materiell depriviert. Die Wohlhabenheit ist seit den 1980er Jahren deutlich gewachsen. „Was schrumpft, ist die Mitte.“ Das passiere nicht, weil die Abstiege aus der Mitte zugemommen hätten, stellt Groh-Samberg fest, sondern weil die Aufstiegsmobilität in Deutschland abnimmt: „Menschen, die einmal unten sind, kommen nicht mehr hoch“. Im jüngsten Zehn-Jahres-Zeitraum verblieben über zwei Drittel dauerhaft in der Armut. Diese verfestigte Ungleichheit schadet letztendlich Allen: Sie habe nicht nur negative Auswirkungen auf wirtschaftliches Wachstum und dessen Gleichmäßigkeit, sondern erzeugt auch im Sinne von Public Health Stress, da sie zur gesellschaftlichen Abkapselung und Entsolidarisierung, auch innerhalb der Milieus, führe.



Olaf Groh-Samberg vom Socium Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik stellt fest, dass die Aufstiegsmobilität in Deutschland abnimmt: „Die Leute, die einmal unten [in der Armut, Anm. d. Red.] sind, kommen nicht mehr hoch.“

© Schatz (APB)

Bedeutender Katalysator der Ungleichheitsverhältnisse ist der radikale Strukturwandel in der Arbeitswelt. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena) argumentiert, dass sich in Deutschland eine prekäre Voll-erwerbsgesellschaft herausgebildet hat, in der unsichere Beschäftigung zur Normalität geworden ist. Zwar wird die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt, aber prekäre Arbeitsverhältnisse von oft weniger als 20 Arbeitsstunden pro Woche nehmen zu. Es komme zu einer „extremen Polarisierung der Arbeitszeiten“. Dieser Trend würde anhalten, wenn politisch nicht gegensteuert wird.

Zum einen wird die „Entkarbonisierung der Wirtschaft“, die erforderlich ist, um Europa bis 2050 klimaneutral zu machen, zu neuen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt führen. Schätzungsweise 5,3 Millionen Arbeitsplätze werden abgebaut und 3,7 Millionen neue Stellen – allerdings mit grundverschiedenen Anforderungsniveaus – entstehen. Zum anderen lasse die Digitalisierung neue Formen von Prekarität entstehen. Dies trifft sowohl auf Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt als auch auf die individuelle Ebene zu. Die schlagartige Ausdehnung der Homeoffice-Beschäftigung während der Coronapandemie gibt einen Vorgeschmack auf all jene Unsicherheiten und Ungleichheiten, die digitale Transformation mit sich bringen wird. Und sie verdeutlicht eine neue Dimension der Prekarität, die sich mit Einsamkeit und sozialer Isolation erfassen lässt.

Offene Gesellschaften als Bürde für den Zusammenhalt

Neben der Digitalisierung fordern heute Globalisierung, Europäisierung und grenzüberschreitende Mobilität den gesellschaftlichen Zusammenhalt heraus. Denn indem das Leben fundamental in globale Zusammenhänge und Verflechtungen eingebunden und dadurch entgrenzt wird, verwässert sich der soziale wie kulturelle Orientierungsrahmen und umgekehrt verstärken sich die gefühlten Unsicherheiten. „Die Einwanderungsgesellschaft wird zur sozialen Bürde“, so Anna-Lisa Müller (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg). Zum einen sind angesichts der steigenden gesellschaftlichen Heterogenität mehr Kraft und Anstrengung nötig, um Konsens über das Zusammenleben zu erreichen.

Zum anderen kommt es aufgrund unterschiedlicher Erfahrungshorizonte, teils konfliktierender Wertesysteme und Lebensstile sowie aufgrund der Tatsache, dass Teile der Bevölkerung unterschiedlich stark von den globalen Bezügen profitieren, zu Reibungsverlusten und innergesellschaftlichen Spannungen. Diese führen zum Verlust an Bindungen, zur Abkapselung, Ausgrenzung und Ausgrenzungsgefühlen. Gleichwohl konstatiert Müller hier eine Diskrepanz zwischen Dis-

kurs und empirischer Realität, da die kursierenden Einstellungen und Narrative die Lage brisanter erscheinen lassen als sie tatsächlich ist.

Dennoch sind Strategien erforderlich, welche Menschen in heterogenen Gesellschaften dazu anhalten, sich auf Augenhöhe zu begegnen, miteinander in Interaktion zu treten und sich wechselseitig als Mitglieder desselben Demos anzuerkennen. Ein solcher Ansatz sind für Müller öffentliche Orte: In Multifunktionsräumen mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten wie Spielen, Geselligkeit, Flanieren, Einkaufen oder Sport können sich Menschen lokal eingebunden fühlen. „An diesen Orten erfahren wir unmittelbar, wer Teil unserer Gesellschaft ist. Es sind nicht die, die in der Zeitung stehen, über die Politikerinnen sprechen oder deren vages Bild ich im Kopf habe.“ Durch die Erfahrung, „dass die anderen für mich keine Bedrohung darstellen“, werde Grundlage für mehr Offenheit und Gegenseitigkeit geschaffen. Öffentliche Begegnungsräume könnten mithin „als gesellschaftlicher Stabilisatoren über lange Zeit wirken, weil dort auch Sprachbarrieren genommen werden.“

Alltägliche Begegnungsorte haben auch für Laura-Kristine Krause ein besonderes Integrationspotenzial in unseren polarisierten Gesellschaften. Jenseits des Arbeitsplatzes denkt sie etwa an Züge des Fernverkehrs, wo die unterschiedlichsten Menschen fünf, sechs Stunden nebeneinandersitzen. Oder an Möbelhäuser und ihre Restaurants, in denen ein großer Querschnitt unserer Gesellschaft zusammenkommt. Entscheidend sei hier das Bewusstsein für all diese Mitmenschen und dafür, dass es eine Rolle spielt, wie man miteinander umgeht.

Gesellschaftliche Blasen dekonstruieren

Was folgt aus der Analyse der gesellschaftlichen Spaltungslinien und Polarisierungen für die Politik? Um gesellschaftliche Blasen ein Stück weit platzen zu lassen, gilt es gerade jetzt, nach dem Ende der Kontaktbeschränkungen infolge der Coronapandemie, Orte der Alltagsbegegnung zu fördern: Begegnungszentren, Verbände, Kultureinrichtungen ebenso wie Nachbarschaftsfeste. Es gilt, Menschen stärker in politische und soziale Prozesse einzubinden: ins Vereinsleben, in zivilgesellschaftliche wie politische Initiativen oder auch in Bürgerräte. Es gilt, die Bildungs- und Sozialpolitik stärker zu fokussieren. Und es gilt insgesamt, so auch Laura-Kristine Krause, gesellschaftliche Themen stärker unter dem Aspekt des Vertrauens zu betrachten, Diskussionen entlang vermeintlicher Trennlinien aufzubrechen und vor allem verbindende Zielbilder zu schaffen. Nur durch entsprechend konzertierte Ansätze wird man dem hohen Integrationsbedarf moderner Gesellschaften nachkommen können.

Andreas Kalina

Missbrauchte Heimat

Jeder kennt sie, die Trostbilder und Sehnsuchtsorte, die in „Heimatfilmen“ verpackt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs über westdeutsche Kinoleinwände flackerten. Hier zeigt sich nur zu augenfällig, wie das Bildnis einer Heimat erschaffen wurde, das in dieser Form nie existiert hatte.

Heimat lässt sich also konstruieren, zugleich ist Heimat aber auch anfällig für den Missbrauch etwa durch Rechtsextreme. Aus diesem Grunde fällt es Demokratinnen und Demokraten immer noch schwer, diesen Begriff zu verwenden, und sei es nur, um ihn demokratisch neu aufzuladen.

Mit den historischen und aktuellen Herausforderungen, aber auch den Gefahren, die den Heimatbegriff umgeben, hat sich eine Tagung der Akademie mit der Fachberatung Heimatpflege des Bezirks Oberbayern befasst. Heidrun Alzheimer (Universität Bamberg) unterstrich dabei, wie die Wissenschaft der „Volkskunde“ das nationalsozialistische Regime durchaus auch aus Eigeninteresse unterstützte und mit neuen Lehrstühlen und Forschungsgeldern belohnt wurde. Das Fach habe das wissenschaftliche Postulat der Wertefreiheit aufgegeben, so Alzheimer, und die Ideologie des Nationalsozialismus dadurch unterstützt, dass etwa der Mythos eines „Volks ohne Raum“ oder die angebliche Höherwertigkeit der „arischen Rasse“ vermeintlich untermauert wurde. Esther Gajek (Universität Regensburg) beleuchtete ergänzend am Beispiel der „nationalsozialistischen Weihnacht“, wie die NS-Propaganda bemüht war, ein traditionelles christliches Fest zu einer Stärkung der „Volksgemeinschaft“ umzudeuten, um so das Regime zu stützen.

Der Heimatbegriff in der DDR

Thomas Schaarschmidt (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) wiederum stellte einen Vergleich an, um herauszuarbeiten, in welcher Weise der Heimatbegriff im Nationalsozialismus und in der DDR missbraucht wurde. Insbesondere in den 1950er Jahren nutzte die DDR-Führung das Interesse der Bevölkerung an ihrer Heimat dazu, um die Menschen für das neue Regime zu gewinnen. Der Heimatbegriff der „Volksgemeinschaft“ wurde so zu einem Topos der „Arbeiterschaft“ umgedeutet, wobei die Heimat nun in den „Volksbesitz“ übergegangen sei. Gleichwohl

hätten, so Schaarschmidt weiter, die Heimatvereine in der DDR insbesondere seit 1958 unter einer immer strengerem Aufsicht gestanden, da diese als „verbürgerlicht“ angesehen worden seien.

Volksmusik, Heimatfilm und Heimatkunst als Propagandaträger

Konstruktion und Instrumentalisierung des Heimatbegriffs zeigten sich noch deutlicher, als sich Referentinnen und Referenten mit konkreten Formen von Heimat befassten. Tobias Grill (Katholisches Kreisbildungswerk Mühldorf am Inn) etwa betonte, dass sich die Volksmusik im Zeitverlauf nur wenig verändert habe. So seien etwa während des Nationalsozialismus Königstreue und religiöse Liedpassagen abgewandelt worden, um die Volksmusik an das neue Regime anzupassen. In der Bundesrepublik wiederum seien offensichtlich nationalsozialistische Texte erneut geändert worden. Georg Seeßlen (München) verwies auf die Rolle des Heimatfilms in der jungen Bundesrepublik, der eine Idylle schaffen sollte, um sowohl die jüngste Vergangenheit als auch eine nicht immer erfreuliche Gegenwart zu verdrängen. Die Heimatkunst wiederum, die als „Volkskunst“ die angeblich wahren Vorstellungen von Heimat in der Kunst ausdrückte, kam aber, wie Thomas Schindler (Bayerisches Nationalmuseum, München) betonte, oftmals nicht von vermeintlich urwüchsigen Bäuerinnen und Bauern. Vielmehr seien es eher Städter gewesen, die seit dem 19. Jahrhundert ihre Vorstellungen etwa des Landlebens in der Kunst manifestiert hätten. Das „bessere“ Landleben sei damit in Form einer Zivilisationskritik dem vermeintlich dekadenten Stadtleben entgegengestellt worden. Bis heute würde die Heimatkunst, so Schindler, auf gesellschaftliche Veränderungen (etwa die „Globalisierung“) mit einer Betonung der Regionalität reagieren.

Aktuelle rechtspopulistische Konzeptualisierung des Heimatbegriffs

Wie aber wird der Heimatbegriff aktuell insbesondere von Rechtspopulisten und Rechtsextremen missbraucht? Sebastian Enghofer (Universität Regensburg) zeigte auf, wie die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik den Heimatbegriff für sich zu nutzen sucht. Diese würde sich dabei vom Nationalsozialismus distanzieren, um zugleich an die Intellektuellen der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik anzuknüpfen, die sich antidemokratisch und anti-egalitär gerierten. Ziel der „Neuen Rechte“ sei es, eine „kulturelle Hegemonie“ in der Bundesrepublik zu

erlangen. Als Vorbild diene die Bewegung der 1968er, der es – auch dies eine Konstruktion – angeblich gelungen sei, die Diskurse in der Bundesrepublik weitgehend zu dominieren. Es solle also, so Enghofer, eine neue „kulturelle Heimat“ für Rechte geschaffen werden. Zugleich sei die „Neue Rechte“ um den Brückenschlag zum bürgerlichen Konservativismus bemüht.

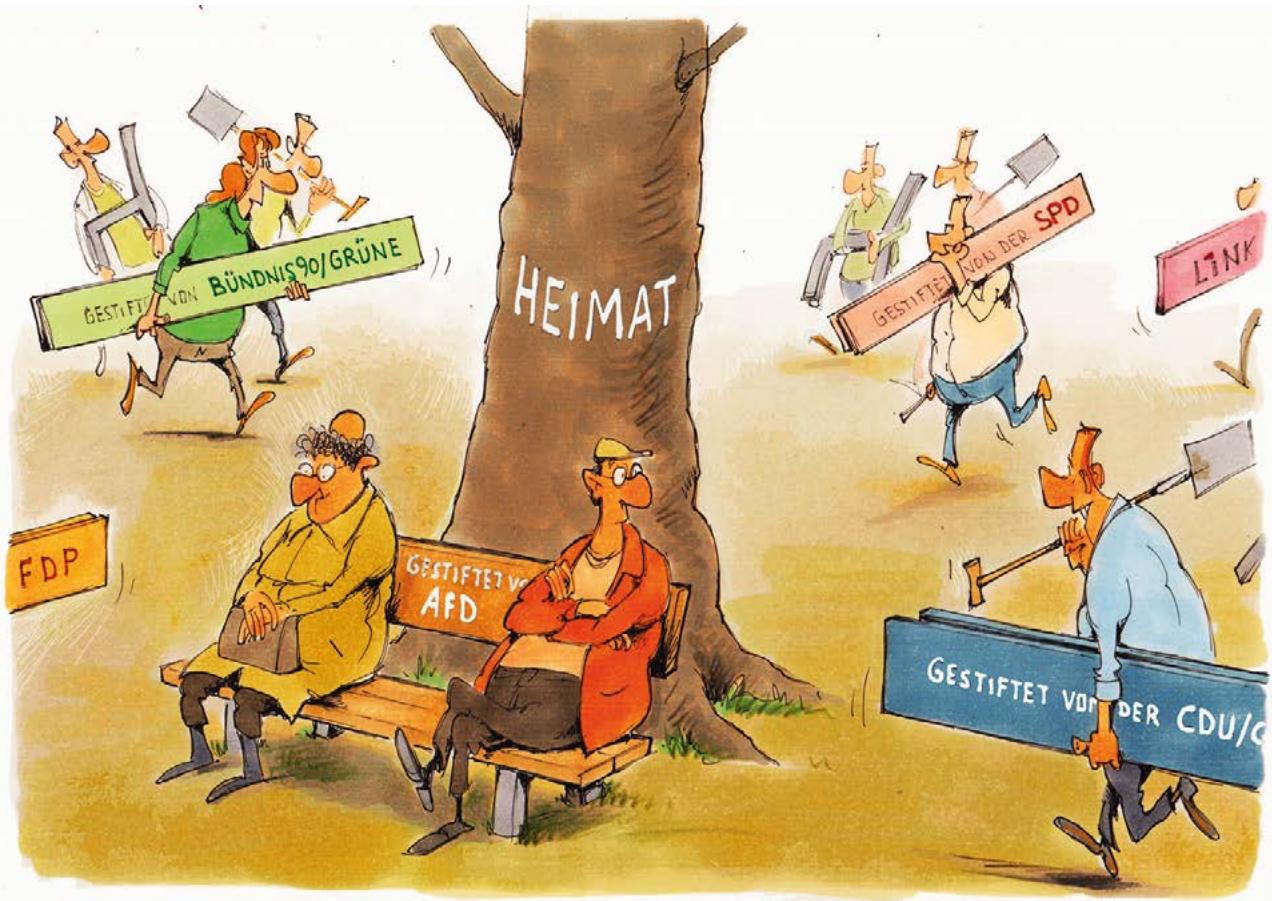
Haldor Hron (Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, München) ergänzte mit Blick auf die „Identitäre Bewegung“, dass diese eine ethnokulturelle Identität durch Sprache, Herkunft und Religion kreieren wolle. Völker seien in der Vorstellung der „Identitären Bewegung“ mit einem bestimmten geographischen Raum verbunden, wobei der Mensch nicht als Individuum, sondern nur als Teil des „Volkes“ angesehen werde. Kulturen wiederum dürften sich, auch wenn dies die historische Realität ist, nicht vermischen. Vielmehr sollten die „Völker“ getrennt voneinander existieren. Die Heimat eines Menschen sei deshalb allein durch dessen Herkunft bestimmt. Daniela Sandner (Bayerischer Landesverein für Heimatpflege, München) entgegnete auf die Konstruktion und den Missbrauch des Heimatbegriffs durch Rechtspopulisten und Rechtsextreme, dass sich Heimat kontinuierlich wandele. Alle Menschen, die in ei-

ner Region lebten, seien Teil von Heimat, denn jeder würde seinen Beitrag dazu leisten, wie die Realität von Heimat im konkreten Lebensumfeld aussehe. Zugleich müsse Heimat als Integrationsraum für Menschen begriffen werden, die ihre Heimat verloren hätten und an einem anderen Wohnort eine neue gefunden hätten.

Passt der Heimatbegriff in eine liberale Demokratie?

Wie aber lässt sich der Heimatbegriff demokratisch nutzen? Ingo Schneider (Universität Innsbruck) verwies auf den Präsidentschaftswahlkampf in Österreich im Jahre 2016. Damals nutzte die rechtspopulistische FPÖ das Wahlkampfmotto „Deine Heimat braucht Dich jetzt“. Diesem exkludierenden Slogan, der sich gegen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich richtete, stellte das Wahlkampfteam des Grünen-Kandidaten Alexander van der Bellen ein anderes Motto entgegen: „Wer unsere Heimat liebt, der spaltet sie nicht“. Mit diesem inkludierenden Motiv konnte van der Bellen die Wahl schließlich deutlich für sich gewinnen.

Michael Mayer



© MESTER



Ein Blick auf die Synagoge von Halle über den Innenhof.

Digi-Antisemitismus: Wie sich latente Judenfeindschaft im Netz zeigt

Die Angriffe gegen jüdische Menschen in Deutschland finden zunehmend im digitalen Raum statt, insbesondere auf Social Media. Häufig äußert sich dort der Antisemitismus in versteckter, kaum wahrnehmbarer Form.

Am 9. Oktober 2019 versuchte ein Attentäter an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, in eine Synagoge in Halle einzudringen. Er scheiterte an der Tür der Synagoge, versuchte zu fliehen und tötete dabei zwei Menschen. Radikalisiert hatte sich der Täter im Netz. Die Tat übertrug er via Live-Stream (siehe Begriffserklärung am Ende des Artikels) ins Internet. Bereits im Vorfeld hatte er den Plan des Anschlages in sozialen Netzwerken veröffentlicht. Sein Posting war auf Englisch und in Gamer-Sprache formuliert und verwendete typische antisemitische Kürzel. Später gab der deutsche Täter an, von der White-Supremacy-Bewegung in den USA und dem rechtsextremen Attentat von Christ Church inspiriert gewesen zu sein.

Das Internet ist inzwischen der primäre Multiplikator zur Verbreitung von antisemitischen Stereotypen geworden. Von 2007 auf 2017 hat sich die Zahl der jüdenfeindlichen Kommentare vervierfacht und die Inhalte haben sich radikalisiert (Schwarz-Friesel, 2018). Die Online-Tagung „Digi-Antisemitismus: Latente Judenfeindschaft in den sozialen Netzwerken“ der Akademie für Politische Bildung in Zusammenarbeit mit

dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien und dem Institute for the Study of Contemporary Antisemitism der Indiana University Bloomington hat sich mit ebendiesen digitalen Formen des Hasses gegen jüdische Menschen auseinandergesetzt und in interaktiven Workshops auch über subtilere Formen des Antisemitismus im Netz diskutiert.

Radikalisierung, die zu einem Attentat führt, ist dabei nur der Höhepunkt. Latenter und vermeintlich „harmloser“ Antisemitismus im Netz hat bereits viel früher handfeste Konsequenzen. Schließlich ist das Internet ein fester Bestandteil der sozialen Lebenswelt vieler Menschen. Ein Online-Rufmord zieht Implikationen im Privaten und „realen“ Leben nach sich. Beleidigende Texte, Memes oder Sprachnachrichten entfalten eine große Sprengkraft, wenn sie tausendfach gesendet und gelesen werden. Influencer und Bots potenzieren diese Inhalte, sodass judenfeindliche Inhalte zum Teil hunderttausend- oder millionenfach geteilt werden.

Das Forschungsprojekt der „Social Media & Hate Research Group“ des Institute for the Study of Contemporary Antisemitism der Indiana University macht sich zur Aufgabe, das Ausmaß des Antisemitismus im Netz zu quantifizieren und daraus Mechanismen eines möglichen Umgangs abzuleiten. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen antisemitische Beiträge auf der Social-Media-Plattform Twitter. Sie möchten herausfinden, wie häufig judenfeindliche Beiträge auf Twitter vorkommen, wie sich Dynamiken entwickeln und wie sich Antisemitismus verbreitet. Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen versuchen aber auch zu erarbei-



Das Twitter Hauptgebäude in San Francisco: Das US-Unternehmen geht offiziell gegen Hass schürendes Verhalten vor.

© iStock/hapabapa

ten, was dem Hass gegen Jüdinnen und Juden entgegengesetzt werden kann und welche Rolle Social-Media-Unternehmen bei der Verhinderung der Verbreitung von antisemitischen Stereotypen einnehmen sollten.

Dazu werden etwa 3,5 Millionen Tweets zu bestimmten Schlagworten aus dem Zeitraum von Januar 2019 bis August 2020 ausgewertet, welche die Forscherinnen und Forscher von der Plattform Twitter zur Verfügung gestellt bekommen haben. Erste Ergebnisse zeigen, dass im Sommer 2020 ein Anstieg an jüdenfeindlichen Tweets zum Stichwort „Juden“ trotz verstärkten Vorgehens gegen Hate Speech seitens Twitter zu beobachten ist. Jeder siebte Tweet mit dem Stichwort „Juden“ und jeder achte mit dem Stichwort „Israel“ erwies sich als antisemitisch. Häufig wurden stereotype Anschuldigungen über Macht und Geld verwendet, der Holocaust geleugnet oder verharmlost und Israel das Existenzrecht abgesprochen.

Zur Kodierung der Beiträge verwendet das Forschungsteam des Institute for the Study of Contemporary Antisemitism die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Die Definition umfasst elf verschiedene Ausprägungen von Antisemitismus. Ein Tweet wird also als jüdenfeindlich kodiert (als solcher markiert), wenn er:

1. Die Schädigung von Jüdinnen und Juden im Namen einer radikalen Ideologie rechtfertigt.
2. Unwahre oder stereotype Behauptungen über Jüdinnen und Juden als solche und Aussagen über eine vermeintlich Jüdische Macht enthält.
3. Alle Jüdinnen und Juden für etwas verantwortlich macht, was eine einzelne Person oder Gruppe getan hat.
4. Die Tatsache, das Ausmaß, die Mechanismen oder die Vorsätzlichkeit der Holocaust leugnet oder bestreitet.
5. Jüdinnen und Juden als Volk oder dem Staat Israel vorwirft, den Holocaust erfunden zu haben oder übertrieben darzustellen.

6. Jüdinnen und Juden vorwirft, Israel oder „jüdischen Prioritäten“ gegenüber loyaler zu sein.
7. Dem jüdischen Volk das Selbstbestimmungsrecht abspricht, z.B. Israel als per se rassistisch bezeichnet.
8. Mit zweierlei Maß (Doppelstandards) misst, indem man von Israel ein Verhalten verlangt, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
9. Symbole und Bildern, die mit klassischem Antijudaismus assoziiert werden (z.B. die Behauptung, dass Juden Jesus getötet hätten oder die Ritualmordlegende) verwendet, um Israel oder Israelis zu charakterisieren.
10. Die heutige israelische Politik mit der Nationalsozialisten vergleicht.
11. Jüdinnen und Juden für Handlungen des Staates Israel kollektiv verantwortlich macht.

Trotz dieser umfassenden Kategorien kann die Definition nicht alle antisemitischen Beiträge erfassen. Antisemitismus äußert sich oft versteckt und über Seitenbezüge, die manchmal nicht sofort erkannt werden können. In den Workshops diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch über die Schwächen der Definition der IHRA, da sie nicht alle Facetten des Antisemitismus im Netz greifen kann. Die folgenden beiden Beispiele zeigen, wie subtil sich Antisemitismus häufig im Netz zeigt:

JF **Junge Freiheit** @Junge_Freiheit · 26. Juli 2019

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, hat die mangelnde Anteilnahme bei Drohungen gegen Moslems und Moscheen beklagt. Auch der Zentralrat der Juden warnte vor verbalen Angriffen auf religiöse Minderheiten.

Mazyek beklagt mangelnde Empörung über Angrif...
Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, hat die mangelnde Anteilnahme bei ...
jungefreiheit.de

56 10 15

· 26. Juli 2019

Juden und Muslime lebt Eure Religion nicht so excessiv aus mit Kppa und Burka, dann werdet ihr auch akzeptiert

QUELLE: TWITTER

In diesem Beitrag reagiert ein Nutzer auf einen Post der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als das Sprachorgan der „Neuen Rechten“ bezeichnet wird. Die Forderung, die jüdische oder muslimische Religion nicht offen zu zeigen, widerspricht nicht nur dem Artikel 4, der die ungestörte Religionsausübung gewährleistet, sondern auch dem Artikel 2 des Grundgesetzes, der das Recht auf die individuelle Entfaltung der Persönlichkeit sicherstellt. Dem Beitrag liegt die Vorstellung einer vermeintlich homogenen nationalen Bevölkerung zugrunde, an die sich vermeint-

lich Nicht-Zugehörige anzupassen hätten. Integration wird demnach nur durch Assimilation, also die weitgehende Aufgabe der eigenen Kultur erreicht. Damit impliziert der Twitter-Nutzer die Unterscheidung in eine Eigen- und eine Fremdgruppe („Wir“ und „die Anderen“), an deren Verhalten unterschiedliche Ansprüche gestellt werden. Dieses Phänomen wird „Othering“ genannt. Während dieselben Handlungen (hier: Öffentliches Ausleben der Religion) bei der konstruierten Fremdgruppe als negativ gewertet werden, werden sie bei der Eigengruppe als positiv oder neutral eingestuft.

QUELLE: TWITTER

26. Juni
Drosten,Lauterbach,Merkel,Söder,Steinmeier,Baerbock, Laschet... sind alles Marionetten der **Globalisten**. Vertraut ihnen niemals. Stellt sie an den Pranger und zeigt ihnen eure Verachtung. Im Netz und natürlich auch auf der Straße.

9. Jan. 2019
TERROR GEGEN DIE AFD
Früher hat man die Juden verprügelt. Heute sind's die AFD'ler die verprügelt werden. Früher hat man Judengeschäfte zerstört. Heute sind's die Büros der AFD. 1933 lässt grüßen. Die merkelsche Gehirnwäsche funktioniert.
9. Jan. 2019
Klarertext !! #Politologe warnt vor gewalttätigen #Linken !! Es gab 2017 deutlich mehr linke als rechte Attacken...nur werde das der Bevölkerung nicht entsprechend mitgeteilt! handelsblatt.com/politik/deutsch...

QUELLE: TWITTER

Hier werden antisemitische Gewalttaten aus der Zeit des Nationalsozialismus mit linksradikalen Angriffen auf AfD-Politikerinnen und Politiker verglichen und gleichgesetzt. Jedoch ist die systematische Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen Juden nicht mit Anschlägen auf Einzelpersonen anderer politischer Gesinnung zu vergleichen. In diesem Post wird somit der Holocaust durch einen deplatzierten Vergleich relativiert.

Margareta Maier

Dieser Tweet verweist auf den von rechtsextremen Verschwörungstheoretikern geprägten Begriff der „Globalisten“. Mit „Globalisten“ bezeichnen sie eine angebliche geheime Elite, die einen globalen Umsturz plane. Diese Verschwörungserzählung verweist auf alte antisemitisch geprägte Erzählungen über das vermeintlich global agierende Judentum. Der Name des Nutzers beinhalteten das Wort „Erwacht“ und erinnert damit an den nationalsozialistischen Slogan „Deutschland erwache“. Es ist jedoch nicht klar, ob dieser Bezug bewusst oder unbewusst gesetzt wurde.

Linktipp

bit.ly/digiAntisemitismus



Quellen

Schwarz-Friesel, M. (2018). *Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses Kurzzusammenfassung*. https://www.linguistik.tu-berlin.de/menue/antisemitismus_2_0/

Literaturempfehlung

Salzberg, S. (2014). *Antisemitismus: Geschichte, Theorie, Empirie*. Nomos-Verlag.

Begriffsklärung

Posting: schriftlicher Beitrag in einem Internetforum

Hate Speech: Hassrede, sprachlicher Ausdruck von Hass, bei dem Menschen abgewertet, angegriffen oder gegen sie zu Hass oder Gewalt aufgerufen wird.

Meme: Memes sind Teil der Netzkultur und in der Regel Bilder, die auf humoristische oder ironische Art und Weise mit einem Text kombiniert werden.

Bot: abgeleitet von engl. „Robot“ (dt. Roboter), Computerprogramme, die automatisiert bestimmte Aufgaben erfüllen. In Sozialen Netzwerken täuschen Bots eine menschliche Identität vor und verbreiten in großer Zahl Beiträge mit einer bestimmten Meinung.

Influencer: Menschen, die in sozialen Netzwerken viele Menschen erreichen, also viele Follower haben.

Follower: Abonnenten eines Nutzers oder eines Profils auf einer Social Media Plattform

Gamer-Sprache: ein Gamer oder eine Gamerin ist eine Person, die Computerspiele spielt. Häufig kommunizieren Gamer und Gamerinnen währenddessen über Social Media Plattformen und verwenden dabei computerspielspezifische Ausdrücke und Kürzel.

Live-Stream: eine Liveübertragung im Internet

Tweet: ein Beitrag auf Twitter, Twitter ist ein soziales Netzwerk

White Supremacy: der Begriff aus dem US-amerikanischen Raum bedeutet übersetzt „Weiße Vorherrschaft“ und ist ein Sammelbegriff für rassistische Ideologien, nach denen Menschen mit weißer Hautfarbe Nicht-Weißen Menschen überlegen seien und ihre privilegierte Stellung daher gewährleistet werden müsse.

Wissenschaft und Gesellschaft im Gespräch: Erwartungen an die Wissenschaftskommunikation

Lange führte sie ein Nischendasein, nun ist sie in den Blickpunkt gerückt: Die Wissenschaftskommunikation hat für den politischen Prozess eine neue Bedeutung bekommen. Eine Tagung fragte danach, wie Wissenschaftskommunikation gelingt.*

„Wichtig ist eine strukturierte Wissenschaftskommunikation“, sagte der bayerische Wissenschaftsminister Bernd Sibler. Auf der Agenda stünden Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz, die Digitalisierung und die Luft- und Raumfahrt. Viele Bürger haben Angst vor möglichen negativen Auswirkungen dieser neuen Technologien, so Sibler. Um ihnen die Bedeutung dieser Themen aufzuzeigen, dürfe Wissenschaftskommunikation keine Einbahnstraße sein, wo nur der eine dem anderen etwas erzählen will.

Distanzen abbauen

„Es darf uns nicht zufriedenstellen, uns immer nur mit derselben Community zu unterhalten“, sagte Sibler. Es gelte Hemmschwellen, zum Beispiel in Bezug auf Bildung und Herkunft, abzubauen. Zum Beispiel lassen sich bei Informationsveranstaltungen in einer Brauerei Distanzen abbauen und andere Zielgruppen erreichen, so der Staatsminister.

„Echtes Interesse am Gegenüber“ ist auch für Corinna Kleidt, Leiterin des Referats Wissenschaftskommunikation im Bundesbildungsministerium für Bildung und Forschung (BMBF), ein wichtiger Faktor. Die Wissenschaftskommunikation trifft auf eine gesellschaftliche Ausgangslage, in der die Demokratie unter Druck steht und die von Wissenschaftsskepsis und Medienwandel geprägt ist, so Kleidt.

Die Königsdisziplin sei es, Wissenschaftskommunikation außerhalb der Komfortzone durchzuführen, um etwa Wissenschaftsskeptiker zu erreichen, sagte sie. Die Wissenschaft stehe zwar unter einem enormen Zeit- und Qualitätsdruck, jedoch dürfe ein Engagement in der Wissenschaftskommunikation hier nicht abträglich sein, sondern müsse vielmehr ein Plus darstellen.



Wissenschaftskommunikation gelingt nur breitflächig, wenn man die Menschen dort abholt, wo sie sich bewegen.

© iStock/ frantic00

Kleidt sieht Bedarf an einem Kompetenzaufbau in der Fläche und Angeboten wie E-Learning-Plattformen. Kleidt verwies auf aktuelle Initiativen aus dem Bundestag, die Vermittlung von Wissenschaft stärker zu fördern. Zudem wies Kleidt auf die #FactoryWisskomm hin, eine vom BMBF gegründete Denkfabrik, die den Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft in all seine Spielarten stärken soll.

„Schneller, höher, weiter“, das seien die gängigen Assoziationen, wenn es um das Thema Wissenschaft geht, sagte die Chefredakteurin von „bild der wissenschaft“ Andrea Stegemann. Nur stünden wir jetzt vor der neuen Situation, dass die Menschen wahrnehmen, dass Wissenschaft bei heutigen Problemen keine schnellen, bequemen und kostenlosen Lösungen liefert. „Das röhrt an den Grundfesten unserer Gesellschaft“, so Stegemann. Wissenschaft sei Normsetzer, es gäbe entsprechende Erwartungen und Bedürfnisse.

Neue Aufgabe

Jede Äußerung trifft auf Menschen, dabei treten zwangsläufig psychologische Wirkungen ein. So lösen schlechte Nachrichten oder Warnungen schlechte Emotionen wie Angst und Abwehr aus. „Dies gilt es zu steuern, darin liegt eine neue Aufgabe für Wissenschaftler, Politiker, Meinungsbildner und Multiplikatoren“, sagte Stegemann.

Gero Kellermann

Linktipp

<https://www.wissenschaftskommunikation.de/factorywisskomm-das-bmbf-laedt-ein-42073/>

* Die Tagung „Wissenschaftskommunikation in Zeiten von Wissenschaftsskepsis und Medienwandel“ war eine Kooperation mit acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften.



©ISTOCK/HAPPYWARTHOG

Mit der Corona-Pandemie kamen eine Vielzahl von Maßnahmen und Regeln, die wissenschaftlich begründet, aber nicht immer für Menschen nachvollziehbar sind. Das kann zu Unverständnis, Wut und Frustration gegen Entscheidungsträger aus Politik und Gesellschaft und Entscheidungsvermittler aus den Medien führen.

Wissenschaftskommunikation in Zeiten von Wissenschaftsskepsis und Medienwandel

Wissenschaftskommunikation ist ins Blickfeld von Öffentlichkeit und Politik geraten – spätestens seit Klimawandel und Coronakrise den medialen Diskurs beherrschen. Der Wunsch nach einfachen Antworten kollidiert mit den Ambivalenzen und Unsicherheiten der Forschung. Wie gute Wissenschaftskommunikation dennoch gelingt, war Thema unserer Tagung in Kooperation mit acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften.

Als der Virologe Hendrik Streeck im März im ZDF-Talk von Markus Lanz auf seine teils viel diskutierten Aussagen zum Coronavirus angesprochen wurde, gab er zu, vom Umgang mit den Medien in dieser Zeit „komplett überfordert“ gewesen zu sein. Zunächst ist das nicht verwunderlich: Wissenschaftlerinnen kommunizieren in der Regel mit anderen Wissenschaftlern, nicht mit der breiten Öffentlichkeit oder Journalistinnen. Themen wie Corona oder der Klimawandel steigern aber die Erwartungen an die Wissenschaftskommunikation.

Wissenschaftskommunikation soll komplexe Sachverhalte verständlich machen und Orientierung geben, doch geht sie stets mit Dilemmata einher: Für die Wissenschaft ist Kommunikation eine zusätzliche Aufgabe – neben Forschung und Lehre. Ihr Stellenwert für die wissenschaftliche Karriere gilt jedoch als niedrig. Auch in der massenmedialen Vermittlung steht Wissenschaftskommunikation im Spannungsfeld von Komplexität ihres Gegenstandes und dem Wunsch

nach einfacher Verständlichkeit. Und nicht zuletzt hindert die von ihrem Verlangen nach eindeutigen Aussagen getriebene Öffentlichkeit mit den Ambivalenzen und Unsicherheiten, die sie vonseiten der kommunizierten Wissenschaft zu hören bekommt.

Wissenschaftskommunikation im Fokus der Politik

Die Coronamaßnahmen von Bund und Ländern haben das Verhältnis von politischer Entscheidung und wissenschaftlicher Erkenntnis in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Mal dienten Aussagen von Wissenschaftlerinnen als der sprichwörtliche Strohhalm, an dem sich die Politik in ihrer Suche nach einer adäquaten Eindämmungsstrategie geklammert hat; mal wurden sie von ihr als vermeintliche Querschüsse (miss)verstanden. Doch schon vorher galt: Die Politik erhofft sich von der Wissenschaft profunde Beratung und von der Wissenschaftskommunikation klare Vermittlung. Dabei bleibt offen, ob die Komplexität der Herausforderungen tatsächlich durchdrungen oder einfach das eigene Handeln legitimiert werden soll. So haben bereits vor Corona Anträge den Bundestag und die Landtage erreicht, wie Wissenschaftskommunikation zu stärken sei. Der Virus kommt nun als eine Art Beschleuniger hinzu, so Wolfgang M. Heckl (Generaldirektor des Deutschen Museums und Inhaber des Oskar von Miller Lehrstuhls für Wissenschaftskommunikation der TU München).

Wofür braucht es Wissenschaftskommunikation?

Unsere Gesellschaften haben sich zu Szentokratien entwickelt, so die Vizepräsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Direktorin des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen Julika Griem. Damit geht eine neue Leistungsdimension der Wissenschaftskommunikation einher. So wird eine transparente und sachangemessene Kommunikation über Wissenschaft immer mehr Voraussetzung für die ergebnisoffene Einbeziehung der Öffentlichkeit, erklärt Hannah Schmid-Petri (Universität Passau). Wissenschaftskommunikation leiste im Idealfall einen Beitrag zu Versachlichung und Ausgewogenheit von gesellschaftsweiten Diskursen und politischen Entscheidungen. Und für Wolfgang Heckl dient sie zudem als wichtiges Gegeninstrument zur aktuellen Bedrohung der politischen Debatte durch „alternative Fakten“ und Fake News.

Das Thema Wissenschaftskommunikation ist zwar aktueller denn je, an sich ist Wissenschaftskommunikation aber eben nichts Neues: „Wissenschaftskom-

munikation ist die Idee, die Oskar von Miller hatte, als er 1903 beschloss, das Deutsche Museum mit Meisterwerken der Naturwissenschaften und Technik zu schaffen, das Menschen in die Zukunft mitnimmt.“ In solchen Mitmachmuseen liege ein Angelpunkt guter Wissenschaftskommunikation: „Was über die Sinne, Emotionen und ins Gehirn kommt, bleibt erhalten. Was ich gelesen habe, vergesse ich. Was ich getan habe, das bleibt.“

Wissenschaftskommunikation als Teilhabe an der Zukunft

Die große Herausforderung der Wissenschaftskommunikation liegt nach Heckl darin, dass sich der Stand der Erkenntnis in der Wissenschaft bereits morgen ändern kann. Zum anderen sei Technik als Gegenstand janusköpfig, zumal sie immer mit Potenzial und Risiken einheringe. Beides irritiert Menschen, weil sie sich naturgemäß nach Konstanten sehnen.



Wolfgang M. Heckl: „Technik als Gegenstand ist janusköpfig.“
© Schatz (APB)

Bezogen auf Teile der Bevölkerung, die sich deshalb von der Wissenschaft abgewandt haben, sagt der Physiker: „Leute, die sich in fragwürdigen Chaträumen umtreiben, erreicht die Wissenschaftskommunikation kaum mehr. Die muss man bereits im Kindergartenalter ansprechen, damit sie später nicht jeden Blödsinn glauben.“ Es bedürfe daher zusätzlich zur reinen Wissenschaftskommunikation schulischer Angebote. „Gute Wissenschaftskommunikation muss Menschen zur Teilhabe an der Zukunft befähigen.“

Glaubwürdigkeit als Währung der Wissenschaftskommunikation

Indem Wissenschaft stärker in den Blick der Öffentlichkeit gerät, macht sie sich angreifbarer und ruft bei wachsenden Teilen der Bevölkerung ein gewisses Unbehagen hervor. Dadurch erschwert sich die Ausgangssituation für Wissenschaftskommunikation, so der Direktor des Potsdamer Institute for Ad-

vanced Sustainability Studies Ortwin Renn. Dies läge daran, dass die Erkenntnisse der Wissenschaft meist nicht gesehen oder gespürt, sondern lediglich kommuniziert werden. Während der Wissensbestand der Menschen früher größtenteils auf eigenen Erfahrung basierte, kommen heute etwa drei Viertel unseres Wissens aus zweiter und dritter Hand. Da wir dieses Wissen nicht persönlich nachprüfen können, geht es um die Glaubwürdigkeit von Aussagen.

"Wenn alle Raucher mit 50 Jahren sterben würden, dann würde wahrscheinlich niemand mehr rauchen"

Ortwin Renn

Ob man einer Person glaubt oder nicht, entscheidet sich oft durch psychologische Mechanismen wie Plausibilität und Nachvollziehbarkeit. Komplexe Sachverhalte sind aber nicht intuitiv verständlich. Vielmehr verbinden Menschen Plausibilität mit örtlicher und zeitlicher Nähe. Moderne Wissenschaft bedeutet „Komplexität, Ambiguität und Unsicherheit“. Daher erscheinen wissenschaftliche Erkenntnisse oft unplausibel. Diese Tatsache, so Renn, sei nicht einfach zu kommunizieren. Vielmehr biete sie eine Chance für Menschen, die er als „Wahrsager“ bezeichnet: Ihre Verschwörungsmythen erscheinen auf den ersten Blick plausibel, erheben deterministisch Wahrheitsansprüche – und kommen so manchen Sehnsüchten nach intuitiven Erklärungen nach.

Der „Misstrauengemeinschaft“ der „Querdenker“-Bewegung widmet sich Sven Reichardt (Universität Konstanz). Mit einem erstaunlichen Selbstbewusstsein versucht diese Bewegung, durch Wissensselbstermächtigung und „Wissensbastelei“ ein „Gegenwissen“ aufzubauen.

Durch „Radikalisierungsmaschinerien“, etwa bestimmte „Telegram“-Gruppen, entstehe eine „Wissensparallelwelt“, die sich von den etablierten Medien abgekoppelt hat. In der Breite der Bevölkerung stößt dieses „Gegenwissen“ jedoch auf keine große Resonanz, so der Historiker.

Die grundsätzliche Wünschbarkeit in Verbindung mit dem Unsicherheitsspielraum wissenschaftlicher Aussagen begünstige oft ein „Zurechtbiegen“ der Wahrheit. „Wenn alle Raucher mit 50 Jahren sterben würden, dann würde wahrscheinlich niemand mehr rauchen“, meint Renn. Der Unsicherheitsspielraum von Wissenschaft verleitet den Einzelnen aber dazu, sich in der Normalverteilung dort zu verorten, wo die eigene Situation am günstigsten erscheint. Raucher etwa schätzen ihr persönliches Risiko, an Krebs zu erkranken, oft niedriger ein, als es im Durchschnitt ist. Sonst wären sie intrinsisch dazu angehalten, ihr Verhalten ändern. Aus diesem Beispiel folgert Renn: „Wenn ich mich selbst irgendwo einordnen kann, ist jede Wahrheit nach Wünschbarkeit veränderbar. Das erschwert Kommunikation im Bereich der Unsicherheit immens.“

Vom Stammtisch zum Runden Tisch

Wichtig sei, die Pluralität innerhalb der Wissenschaft nicht in Frage zu stellen, und die Öffentlichkeit für diese zu sensibilisieren. Zugleich müsse es in der Wissenschaftskommunikation darum gehen, deutliche Grenzen zwischen dem Bereich des Möglichen und dem des Absurden zu ziehen. Kommunikation dürfe sich nicht in einer Katastrophensemantik ergehen, sondern müsse vorwiegend positive, zukunftsorientierte Visionen vermitteln. Und sie müsse auch stärker den partizipativen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger nachkommen, fordert auch Hannah Schmid-Petri. So gelte es, die Öffentlichkeit stärker in den (Verständigungs-)Prozess einzubinden – oder wie es Ortwin Renn formuliert: „vom Stammtisch zum Runden Tisch“ zu bringen.



Gegen die Maskenpflicht zur Pandemiebekämpfung gab es in der Bevölkerung seit Beginn an immer wieder Widerstand.
© iStock/Thomas Stockhausen

Eine der großen Herausforderungen für die Wissenschaftskommunikation besteht darin, dass eine unüberschaubare Anzahl an heterogenen Sprechern an den Kommunikationsprozessen beteiligt ist. Das Informationsangebot ist dadurch für andere gesellschaftliche Gruppen kaum zu bewältigen und die Vielfalt an Einzelergebnissen nur schwer zu beurteilen und einzuordnen. Für Schmid-Petri wäre vielmehr für fundierte politische Entscheidungen und gesellschaftliche Beratung ein Forschungsstand in aggregierter Form nötig. Daher müsste nicht jede Wissenschaftlerin selbst (pro-)aktiv Wissenschaftskommunikation betreiben. Stattdessen komme es auf die Entwicklung von Qualitätsstandards und Bewertungskriterien an, für die sich auch Julika Griem ausspricht. Dazu gehört auch, dass Wissenschaftskommunikatorinnen sowohl ihre eigene Rolle und Selbstverständnis als auch ihre Ziele und Zielgruppen reflektieren sollten. Komplexe und abstrakte wissenschaftliche Phänomene müssen an den Alltag der Bürgerinnen und Bürger angeknüpft werden und ebenso muss das Umfeld sowie die sozialen und kulturellen Werte und Normen mitgedacht werden, fordert Schmid-Petri.

Impfmedizin als Beispiel

Einem aktuellen Problembeispiel widmet sich Julia Neufeind (Robert Koch-Institut), indem sie fragt, wie Kommunikation zur Covid-19-Impfung gelingen kann. „Gute Kommunikation beginnt mit einer guten Problemanalyse.“ Im Fall der Impfkampagne bedeutete dies etwa, Daten zur Impfakzeptanz zu erlangen (die teilweise stark nach Impfstoff variiert), Gründe für das Nichtimpfen zu erfahren (zum Beispiel fehlendes Vertrauen in die Sicherheit der Impfstoffe) und Wissenslücken zu identifizieren (Fragen zur Sicherheit bei Kinderwunsch). Bewährt habe sich auch, zeitnah zu reagieren, um nicht andere das Narrativ bestimmen zu lassen, transparent mit vorliegenden Unsicherheiten umzugehen und Informationsmaterialien den Zielgruppen anzupassen. Doch „nicht alles ist Kommunikation“, wenn man hohe Impfquoten erreichen möchte, stellt Neufeind fest. Dazu weist sie auf konkrete Hindernisse wie Impfstoffknappheit, Zugangsbarrieren durch Terminvergabe und auftretende Sicherheitswarnungen bei bestimmten Impfstoffen hin.

Schnittstelle zu Öffentlichkeit und Gesellschaft

Wissenschaft sollte sich in der Pflicht sehen, ihre Schnittstellen zu Öffentlichkeit und Gesellschaft aktiv zu gestalten. Zentrale Vorleistung von Wissenschaftskommunikation ist in der Aggregation komplexer Einzelbefunde und deren fachlich abgesicherter Vermittlung in allgemeinverständlicher Sprache zu sehen, so Schmid-Petri. Um dieser Aufgabe nachzukommen,

bedarf es aber gerade im Hochschulwesen einerseits zusätzlicher Anreize, um Wissenschaftlerinnen neben Forschung und Lehre auch zur reflektierten Kommunikation zu stimulieren, und andererseits Mechanismen und institutionellen Rückhalts, um sie gegen Angriffe, Anfeindungen und Shit-Storms zu schützen.

Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus

So gut akademische Wissenschaftskommunikation auch ist, sie kann Wissenschaftsjournalismus nicht ersetzen. Letzterer stellt eine unverzichtbare Beobachtungs-, Kontroll- und Vermittlungsinstanz dar, die Multiplikatorenwirkung entfaltet, zur Konsolidierung des Wissens beiträgt und zusätzlich der Qualitätssicherung dient. Elisabeth Hoffmann (Leiterin der Stabsstelle Presse und Kommunikation der Technischen Universität Braunschweig) weist gleichwohl darauf hin, dass Wissenschaft und Medien unterschiedliche Darstellungsweisen haben.



Elisabeth Hoffmann: „Wissenschaft und Medien haben unterschiedliche Darstellungsweisen.“

© Ammer (APB)

Während die Wissenschaft eher breit erkläre, spitzen die Medien zu. Die Öffentlichkeit sei krisenfixiert: „Der Säbelzahntiger ist dann interessant, wenn er gerade vor der Höhle vorbeigelaufen ist“, so Hoffmann. Auch Prominenz, „Sex und Liebe“ und Kuriositäten erhalten von der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit, leitlinienkonforme Medienarbeit über Wissenschaft sei dagegen

„unsexy“. In der Wissenschaft suchen die Leute oftmals „den großen Erklärer“, wie das Beispiel des Virologen Drosten zeigt, sagt Sebastian Kirschner vom Bayerischen Rundfunk.

Unterhaltungsformate als zusätzlicher Türöffner

Wissenschaftskommunikation kann aber auch unorthodoxe Wege gehen. So bieten sich etwa Science Slam und Wissenschaftskabarett als Türöffner in die breite Öffentlichkeit an, so der Kabarettist und Sänger Ecco Meineke. Er zeigt auf, dass Unterhaltungsformate mit einer Außensicht auf Wissenschaft neue Impulse geben, neue Zielgruppen für die Wissenschaftskommunikation erschließen und Wissenschaft und Gesellschaft sogar näher zusammen-

führen können. Besonders in Sketchen ließen sich komplexe Zusammenhänge herunterbrechen und mithilfe von Analogien erklären.

Wissenschaftskommunikation und Politikberatung

Doch wie ist es mit dem Zusammenhang von Wissenschaft und Politik? Für Ottmar Edenhofer (Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change) stehen hier Exzellenz und Relevanz gleichermaßen im Fokus: Exzellenz heißt Verankerung im Wissenschaftssystem; Relevanz, dass das Entscheidungsproblem der Exekutive, der Legislative und der Judikative ernst genommen wird. Die Wissenschaftlerin ist für Edenhofer Kartografin und Navigatorin: „Es kann nicht Aufgabe der Wissenschaft sein, der Politik das Aushandeln von Kompromissen abzunehmen und damit die notwendigen Mehrheiten zu beschaffen. Vielmehr sollte die Wissenschaft Landkarten bereitstellen, die gangbaren Pfade zeigen, und sie sollte die Entscheidungsträger über deren Kosten, Risiken, Chancen und Nebenwirkungen informieren.“

Wenn in Politik und Öffentlichkeit die Unentrinnbarkeit des Sachzwanges diagnostiziert werde, liege dies daran, dass nicht mehr in Alternativen gedacht und nicht mehr über gangbare Pfade gestritten wird. Wissenschaftskommunikation und wissenschaftliche Politikberatung können zum Aufbrechen dieses Zirkels beitragen, indem sie eben als Kartografen mögliche Wege aufzeigen. „Zur Wanderung aufbrechen, die Mühen des Reisens auf sich nehmen und dabei lernen, das muss schon Politik und Gesellschaft tun. Wir Wissenschaftler sind Teil der Reisegesellschaft, die gerne unfehlbare Landkarten hätte. Das kann Wissenschaft nicht leisten. Wir können nur helfen, dass auf diesen Reisen Zufall durch Irrtum ersetzt wird. Der Irrtum befähigt uns zum Lernen und zum Fortschritt.“

Politik, Gesellschaft und Wissenschaft sind in der modernen Welt wechselseitig aneinander angewiesen. Eine „gute“ Wissenschaftskommunikation erscheint bei der Suche nach und dem Ausloten des Gemeinwohls unabdingbarer denn je.

Andreas Kalina
Gero Kellermann
Antonia Schatz



© MESTER

Herzlichen Glückwunsch, Professor Hans Maier!

Die Akademie gratuliert ihrem langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden zum 90. Geburtstag.

„Die Fähigkeiten von Professor Hans Maier halte ich für einmalig: Sein breites und tiefes Wissen in ganz unterschiedlichen Wissenschaftsgebieten beeindruckt nicht nur bei seinen wissenschaftlichen Vorträgen oder der Lektüre seines Werks. Für mich ist er der einzige Mensch, dem es gelingt, dass man nach einer gemeinsamen Fahrt im Auto aussteigt und weiß: Gerade wurden mir – auf ausgesprochen freundliche und zugewandte Weise – neue Wissenswelten und bislang unbekannte Zusammenhänge erschlossen“, sagt Professorin Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung. Am 18. Juni hat der Universalgelehrte Hans Maier seinen 90. Geburtstag gefeiert. Akademiedirektorin, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie gratulieren ihm herzlich.

49 Jahre im Kuratorium der Akademie

In seinem Leben hat er sich in vielen Ämtern und an vielen Stellen verdient gemacht: unter anderem 19 Jahre als Hochschulprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 16 Jahre als bayerischer Kultusminister und zwölf Jahre als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Kaum irgendwo verblieb Hans Maier aber so lang wie im Kuratorium der Akademie für Politische Bildung: 1964 wurde er in Nachfolge seines akademischen Lehrers Professor Dr. Arnold Bergstraessers berufen und war 49 Jahre Mitglied des Gremiums. Er ist damit – neben Dr. Wilhelm Ebert (1923-2017) – das einzige Kuratoriumsmitglied, das mit allen drei Akademiedirektoren und der aktuellen Direktorin zusammenarbeitet hat.



Hans Maier mit Akademiedirektorin Ursula Münch auf dem Gartenfest 2018

© Archiv (APB)



Hans Maier 2014 bei seiner Verabschiedung als Kuratoriumsvorsitzender

© Archiv (APB)

In der zweiten Hälfte seiner Amtszeit engagierte sich Hans Maier als Vorsitzender des Kuratoriums. Als der Etat einst so weit gekürzt werden sollte, dass der Seminarbetrieb kaum noch möglich gewesen wäre, setzte er sich nachdrücklich und erfolgreich für die Akademie ein. „Selbst eine Institution wie die Akademie mit gesetzlich verankertem Status als Anstalt des öffentlichen Rechts und solider finanzieller Ausstattung musste in ihrer bald 65-jährigen Geschichte die eine oder andere Krise überstehen. Und da war es für alle Akademiedirektoren eine Beruhigung und Stütze, Professor Hans Maier an der Seite zu wissen: Einen klugen und besonnenen Ratgeber, der neben seinem wohl einmaligen wissenschaftlichen Profil auch die Praxis von Politik und Verwaltung aus eigener Erfahrung bestens kennt“, sagt Münch.

Vorbild in der Bildungspolitik

Als Kultusminister gelang es ihm, das Bildungssystem mit großer Umsicht den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Zu seinen Zielen gehörte, dass die Grundqualität des öffentlichen Schulwesens nicht schlechter werden dürfe als die des privaten. Der Quereinsteiger aus der Wissenschaft überraschte seine Kabinettskolleginnen und Kabinettskollegen – und geriet immer wieder mit Ministerpräsident Franz Josef Strauß aneinander.

Sein „langer Ausflug in die Politik“, wie er die Zeit als Staatsminister selbst bezeichnet, endete, nachdem Strauß 1986 das Kultusministerium in ein Ministerium für Unterricht und Kultus und eines für Wissenschaft und Kunst teilte, um den allzu eigenständigen Hans Maier zu beschneiden. Der lehnte diese Halbierung ab und widmete sich als Inhaber des Guardini-Lehrstuhls für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturttheorie an der LMU wieder der Wissenschaft.

Ursula Münch
Beate Winterer

Klicks vor Qualität?

Wie sieht der Journalismus der Zukunft aus? Konkurrieren Verlage um die Gunst von Google? Bezahlen Nutzer freiwillig wie bei Spotify? Oder recherchieren sie sogar mit?

Die Digitalisierung verändert den Journalismus. Das zeigen schon heute die halbstündlich wechselnden Schlagzeilen auf den Online-Portalen der Medienhäuser und neue Social-Media-Formate öffentlich-rechtlicher Sender. Bleibt im Wettrennen um die meisten Klicks die Qualität auf der Strecke? Liefert sich der Journalismus Konzernen wie Google aus? Oder nutzt er die Möglichkeiten des digitalen Wandels, um innovativer und bürgernäher zu werden? Vier Zukunftsszenarien aus der Tagung „Klicks vor Qualität?“ in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Journalisten-Verband.

Google: Freund oder Feind?

Ein neues Erlösmodell für Verlage ist Google News Showcase. Medien stellen Beiträge für Google-Nutzer zur Verfügung und erhalten im Gegenzug Lizenzgebühren. In Deutschland nimmt unter anderem die *taz* daran teil – in einem Testlauf, wie Geschäftsführerin Aline Lüllmann betont. Durch Google habe „*taz* zahl-

ich“, das freiwillige Online-Bezahlmodell des Verlags, weitere Unterstützerinnen gewonnen. Da jedoch nur ein Fünftel der Besuche auf der *taz*-Website über Google generiert wird und die Verträge kurzfristig kündbar sind, sieht Lüllmann kein Abhängigkeitsverhältnis.

Auch die Autoren von netzpolitik.org beobachten in ihrer Studie „Medienmäzen Google: Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt“ keine direkten Einflussnahmeversuche. „Aber Journalisten warnen in Gesprächen vor Selbstzensur und korrumpernder Nähe. Man will den ‚großen Freund‘ nicht verärgern“, erzählt Ingo Dachwitz, einer der Mitwirkenden. Hinzu kommt, dass am Google News Showcase teilnehmende Verlage Google nicht verklagen dürfen – beispielsweise auf Zahlungen, die sich aus dem Leistungsschutzrecht ergeben. Netzpolitik.org hat die Entstehungsgeschichte von Googles Förderprogrammen rekonstruiert und sieht einen Zusammenhang zum medienpolitischen Druck, den die Verlage im vergangenen Jahrzehnt aufgebaut haben, um an den Werbeeinnahmen des Konzerns teilzuhaben.

Mehr als 200 Millionen Euro hat Google in den vergangenen Jahren allein durch seine Digital News Initiative, ein Förderprogramm für innovativen Digitaljournalismus, an europäische Verlage ausgeschüttet. „Aber man erfährt kaum etwas davon“, sagt Dachwitz’ Kollege Alexander Fanta. Zwar ist bekannt, wer Fördermit-



Expertinnen und Experten aus dem Mediensektor diskutieren über Klicks als harte Währung im Online-Journalismus und was das für die Branche bedeutet.

© Winterer (APB)

tel erhält, aber die Summen sind nicht nachvollziehbar. Typische Empfänger sind alteingesessene europäische Verlage – oder wie Dachwitz sagt: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Er hält eine breitere Diskussion über Innovationsförderung im Journalismus für dringend nötig.

Netflix für Nachrichten

Selbst Medienhäuser, die keine direkten Finanzspritzen von Google erhalten, können sich dem Einfluss des Konzerns nur schwer entziehen. Längst bestimmt nicht mehr nur der Nachrichtenwert die Berichterstattung, sondern auch Trends in den Suchmaschinen. Denn so entstehen Klicks, die harte Währung im Online-Journalismus. Ein Medium, das besonders auf Reichweite setzt, ist die Frankfurter Rundschau. „Wir müssen die Leser dort abholen, wo sie sind“, sagt Chefredakteur Thomas Kaspar. Im digitalen Zeitalter hält er deshalb nichts von einer „breiten Abdeckung der Chronistenpflicht“, sondern setzt auf die richtigen Keywords und Schnelligkeit.

Marvin Schade, Co-Gründer des Branchenportals Medieninsider, sieht die Zukunft des Online-Journalismus nicht in Reichweite und Clickbaiting, sondern in einem Abo-Modell für mehrere Medien, ähnlich wie Spotify und Netflix. Die Bereitschaft für gute Inhalte auch Geld auszugeben, schätzt er hoch ein. In den USA gibt es bereits Versuche, beispielsweise die New York Times im Verbund mit regionalen Medien anzubieten. Was die Finanzierung angeht, ist er jedoch skeptisch, ob zehn Euro monatlich, wie für Spotify, reichen, um Redaktionen zu finanzieren. Eine staatliche Journalismusförderung, wie sie manche in der Branche fordern, lehnt er aber ab: „Die Verlage könnten sich darauf ausruhen und bei einem Regierungswechsel besteht die Gefahr, dass die Finanzierung wegbricht. Ganz abgesehen davon, dass Zeitungen privatwirtschaftliche Betriebe sind. Ich hätte da auch verfassungsrechtliche Bedenken.“

Die Bürgerin als Partnerin

Vielleicht ließe sich die Finanzierungsfrage auch dadurch lösen, dass Bürgerinnen Teil der Redaktionen werden und so Qualitätsjournalismus wieder zu schätzen lernen? Nirgendwo ist das leichter als im Internet. „Als Online-Medium haben wir die Durchlässigkeit zu den Rezipienten in unserer DNA“, sagt Philip Faigle, Leiter des Ressorts X bei Zeit-Online. Er berichtet von einer „lebhaften Community“, die Hunderttausende Kommentare unter den Beiträgen der Redakteure hinterlässt und für das Format „Deutschland spricht“ quer durchs Land reist, um mit Fremden zu diskutieren. Für die Redaktion sind die engagierten Leserinnen eine Bereicherung: „Man wird permanent mit Dingen konfrontiert, an die man nicht gedacht hat“, sagt Faigle. Obwohl sich in den Medienhäusern viel

verändert, sind Redaktionen noch längst nicht divers. Das fängt schon beim Wohnort an. „Wir leben fast alle in der Großstadt, aber 70 Prozent der Deutschen wohnen in Orten mit weniger als 100.000 Einwohnern. Deren Lebenswirklichkeiten haben wir nicht immer auf dem Schirm“, gibt Faigle zu.

Auch Verena Nierle, Teamleiterin bei BR Recherche/BR Data, sieht das Publikum als gute Quelle, um die Berichterstattung zu verbessern. „Wir dürfen aber nicht unsere Standards heruntersetzen, weil sich Bürger beteiligen“, betont die Journalistin. Am besten können Bürgerinnen die Redaktionen bei der Recherche unterstützen. Correctiv-Chefredakteur Justus von Daniels hat damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Für Projekte wie „Wem gehört die Stadt?“ liefern Leser seit Jahren Daten in Form von Mietverträgen und anderen Dokumenten. Der Redaktion selbst wäre es unmöglich, diese Arbeit zu leisten. Doch auch das Publikum arbeitet nicht umsonst. „Man muss sich immer überlegen: Was gibt man der Community zurück?“, betont von Daniels. Diese Gegenleistung darf durchaus analog sein. In Lüneburg veranstaltete die Redaktion zum Beispiel eine Fahrradtour zu besonders interessanten Häusern aus ihrer Recherche.

Innovationen durch Künstliche Intelligenz

Geht es um Künstliche Intelligenz (KI) ist oft vom Roboter-Journalismus die Rede, der Redakteurinnen überflüssig macht. Dabei ist Künstliche Intelligenz – von den meisten Nutzern unbemerkt – längst im Journalismus angekommen. Bei Kommunalwahlen erstellt eine KI aus den Parametern der amtlichen Wahlergebnisse Texte, da Reporterinnen nicht über alle Gemeinden und Städte gleichzeitig berichten können. Bei der investigativen Recherche helfen Programme, die zum Beispiel berechnen, ob der Sonnenstand auf einem Foto mit der angegebenen Zeit am angegebenen Ort zusammenpasst.

In der ARD-Mediathek analysiert eine KI die Vorlieben der Nutzer und empfiehlt ihnen dementsprechend eine Auswahl aus den über 170.000 Videos im Archiv. Wer gerne wandert, bekommt Wanderdokus zu sehen; politisch Interessierte entsprechend Talkshows und Magazine. Anders als YouTube gehe es den öffentlich-rechtlichen Sendern jedoch nicht darum, Nutzerinnen „in einer Nische zu fangen“, betont Jonas Bedford-Strohm, KI-Koordinator beim BR. Die wichtigen Themen aus dem Hauptprogramm bleiben weiterhin sichtbar. Neutral ist aber auch die ARD-Mediathek nicht. Der Algorithmus bestimmt, was er dem Publikum anbietet. Eine Verschlechterung gegenüber dem linearen Fernsehen sieht Bedford-Strohm darin aber nicht. „Auch der alte Journalismus war nicht neutral, sondern geprägt von Sexismus, exklusiven Strukturen und Machtmisbrauch.“

Beate Winterer

Medienethik auf dem Prüfstand

Neue mediale Gegebenheiten bringen neue ethische Fragestellungen mit sich. Welchen Standards sollen Journalistinnen und Journalisten im Internet folgen? Wer ist verantwortlich für Inhalte im Netz? Wie lässt sich Medienkompetenz stärken? Und sind diese Fragen wirklich neu oder hat sich nur ihr Kontext verändert?

Die Ringvorlesung Medien- & Digitalethik der Technischen Hochschule Nürnberg in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung hat die neuen Herausforderungen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Im Folgenden werden vier vorgestellt.

Medienkompetenz im digitalen Zeitalter

„Die Ethik ist im Journalismus ein ganz zentrales Thema, weil es am Ende des Tages um unsere Glaubwürdigkeit geht, sagt Michael Husarek, Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten. Im Internet gibt es dahingehend keine Regelung: „Wenn man ins Netz geht, sieht man alles, was man nicht sehen sollte“, sagt Husarek. „Gerade in Corona-Zeiten spricht man oft über einen Digitalisierungsrückstand (siehe Begriffserklärung am Ende des Artikels) in Deutschland. Den kann man gut an der Netzpolitik festmachen. Da wurde jahrelang geschlafen.“ Content-Ersteller ohne journalistischen Hintergrund stricken im Internet ungehindert einfache Meinungsbilder, sogenannte Fake News. Jetzt sei es an der Zeit, die grenzenlose Freiheit an Regeln zu knüpfen.

Problematische Inhalte im Netz einfach abzuschalten, kann jedoch nicht die Lösung sein. Denn auch dort gilt die Meinungsfreiheit. Stattdessen muss die Medienkompetenz der Einzelnen gestärkt werden, denn jede Userin entscheidet sich selbst für ihre eigene „Bubble“. Die Likes, die sie vergibt, machen Inhalte im Netz groß. Am besten sollten Schüler bereits in der sechsten oder siebten Klasse für Mediennutzung sensibilisiert werden, findet Husarek. Er plädiert für ein Schulfach Medienkunde und dafür eigens ausgebildete Lehrkräfte: „Ich finde es schwierig, wenn jemand, der noch mit der Kutsche fahren gelernt hat, als Fahrlehrer im Auto sitzt und mir beibringt, wie ich mit einem motorisierten Fahrzeug unterwegs sein soll. Dass so etwas meistens schiefgeht, sehen wir an den Schulen.“ Auch der Ethiker Thomas Zeilinger von der Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen sieht

hier Handlungsbedarf: „Gerade Jugendliche werden in ihrem Selbstwertgefühl viel über soziale Plattformen definiert.“ Deshalb ist es besonders wichtig, zu wissen, wie man Hassrede, Fake-News und Shitstorms begegnet und im Internet Zivilcourage zeigt.

Alte Standards in neuen Medien

Im Kontext der medialen Veränderungen stellt sich manch eine die Frage, ob die „alten“ professionellen Standards des Journalismus noch gültig sind. Markus Behmer von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Till Krause vom SZ Magazin beantworten sie klar mit „Ja“. Qualitätsstandards haben in der Branche durchaus weiterhin Bestand, denn die Anforderungen an die journalistische Ethik sind analog wie digital die gleichen. Manche Herausforderungen sind aufgrund der technischen Beschleunigung, des veränderten medialen Umfelds und auch der neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten allerdings größer als früher.

Dazu zählt der Standard, extremen Meinungen keine Plattform zu bieten. „Was ist aber, wenn es die Inhaber extremer Meinungen selbst schaffen, ihre Position in der Öffentlichkeit stark zu vertreten, zum Beispiel über Social Media?“, fragt Behmer. Dadurch, dass sich heutzutage jeder seine eigene Öffentlichkeit schaffen kann, sind diese Meinungen kaum zu ignorieren. Die Hauptaufgabe der Qualitätsmedien besteht darin, diese einzuordnen und Hintergründe zu zeigen, was oft eine Gratwanderung darstellt.

„Ich sehe das so, dass man als Journalist, als Journalistin, die Aufgabe hat, jedwede Art von Leuten zu porträtieren“, meint Krause. Er nennt als Beispiel eine Titelgeschichte des SZ-Magazins, für die Journalisten den NPD-Politiker Udo Voigt über längere Zeit begleitet haben. „Da gab es natürlich auch die Diskussion, intern und vor allem extern, ob man ihm ein Forum bieten darf, indem man ihn so prominent auch aufs Titelbild setzt.“ Er selbst sieht darin kein Problem, „weil diese Geschichte ihm nicht einfach ein Mikrofon hingehalten hat, ohne das, was er sagt, einzuordnen und mit recherchierten Fakten zu kontrastieren.“ Auf diese Differenzierung komme es an.

Tablet-Journalismus als Herausforderung für die Ausbildung

Die Digitalisierung hat auch den Tablet-Journalismus mit sich gebracht. Der Begriff meint die Medienproduktion mit einfachen Mitteln, Journalismus mit mobilen Endgeräten für mobile Endgeräte. „Der Tablet-Journalismus bietet neue Perspektiven auf Handlungsmaxime profes-

sioneller Kommunikatoren", meint Malte Burdekat von der TH Nürnberg. Er beschäftigt sich mit den Herausforderungen, die es mit sich bringt, wenn Produzentinnen und Rezipienten medialer Inhalte die gleichen Endgeräte nutzen – eine Besonderheit, die es im Journalismus zuvor nicht gab. „Der Blick auf die aktuellen Anforderungen in der Ausbildung von Journalisten und Journalistinnen ist ein guter Ausgangspunkt für den Diskurs“.

Tablet-Journalismus bedeutet vor allem eine viel größere Nähe der Produzenten zu den Rezipienten. Fragestellungen, die sich daraus ergeben und die in die journalistische Ausbildung einfließen müssen, sind unter anderem: Wie können Journalisten sich heute als solche erkennbar machen, wenn sie mit ihrem Handy statt mit einer erkennbaren Fernsehkamera drehen? Wie verändert die simplere Technik die Kommunikationssituation? Wie lässt sich der richtige Grad von Distanz wahren? Auch die Medienethik muss sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Strukturierte Verantwortungslosigkeit der Medienbranche

Egal, ob analog oder digital: Im Journalismus unterlaufen Fehler. Wie sieht es mit der Verantwortung dafür aus? „Nicht so rosig“, findet Klaus-Dieter Altmeppen von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er nennt den Fall Relotius als Beispiel, bei dem ein Spiegel-Reporter falsche Fakten wider besseres Wissen veröffentlicht hat. Obwohl der Spiegel offiziell Verantwortung dafür übernahm, wurde die Fakten-

check-Abteilung des Magazins, die Dokumentation, in der öffentlichen Debatte um den Skandal außen vorgelassen. Stattdessen habe die Redaktion die Verantwortung für den Skandal alleine auf Claas Relotius abgewälzt, obwohl die Kolleginnen und Kollegen die Unwahrheiten hätten bemerken müssen. „Verantwortung wird hier nicht für das übernommen, was passiert ist, sondern lediglich dafür, dass das Image des Magazins nicht beschädigt wird“, sagt Altmeppen.

Auch die Plattform Facebook nimmt kaum Verantwortung wahr. Ihr Gründer Mark Zuckerberg wurde bereits mehrfach im Zuge der Diskussion um Hate Speech und Verschwörungserzählungen vor den US-Senat gebeten. Der Konzern, zu dem auch Instagram gehört, gibt an, sich lediglich dafür verantwortlich zu fühlen, wie die bereitgestellte Technologie genutzt wird. Eine Verantwortung für die geposteten Inhalte weist er von sich. „Im ökonomisch getriebenen Gesellschaftswandel haben Medien und Plattformen ihre Unschuld als Korrektoren gesellschaftlicher Fehlentwicklungen verloren“, meint Altmeppen. Er diagnostiziert in der Medien- und Plattformbranche eine „strukturierte Verantwortungslosigkeit“. Das bedeutet, dass die wenigen Normen und Regeln selten beachtet werden und Akteure gar nicht zur Verantwortung gezogen werden. Und je länger die Wertschöpfungskette in Medien- und Plattformunternehmen wird, desto schwieriger wird es, Verantwortliche überhaupt auszumachen. 

Antonia Schatz

Linktipp

Die Aufzeichnung der Ringvorlesung gibt's auf YouTube zum Nachschauen: bit.ly/rvmedienethik

Begriffsklärung

Digitalisierungsrückstand: Rückstand bei der Transformation von analogen Prozessen ins Digitale.

Content Ersteller: Ersteller medialer Inhalte im Internet.

Fake News: Mit manipulativer Absicht verbreitete Falschmeldungen in den Medien und im Internet, besonders in sozialen Netzwerken (vgl. Duden).

Bubble: Filterblase von einseitigen Inhalten, die entsteht, wenn **Algorithmen** sozialer Netzwerke mit der Absicht, Inhalte zu personalisieren, Nutzern vorwiegend ähnliche Inhalte zeigen, wie die zuvor bereits konsumierten.

Algorithmen: Algorithmen sind in Computerprogrammen eingebaute Automatismen, die zum Beispiel bestimmen, welche Inhalte welchen Nutzern vorrangig angezeigt werden.

Likes: Von dem englischen Verb „to like“, etwas mögen. Wer im Netz ein Like vergibt, drückt damit aus, dass ihr/ihm ein Inhalt gefällt.

Hassrede: Sprachlicher Ausdruck von Hass, bei dem Menschen abgewertet, angegriffen oder gegen sie zu Hass oder Gewalt aufgerufen wird.

Shitstorm: Eine große Welle negativer Kritik im Internet, meist bezogen auf eine bestimmte Handlung oder einen bestimmten Inhalt. Oft geht die Kritik von inhaltsbezogenen Bewertungen über zu herabwertenden personenbezogenen Äußerungen.

Social Media: Gesamtheit der digitalen Technologien und Medien wie Weblogs, Wikis, soziale Netzwerke über die Nutzerinnen und Nutzer miteinander kommunizieren und Inhalte austauschen können.

Effizienz zieht Zusatzarbeit an

Zum Abschied unseres geschätzten Kollegen und Akademiedozenten Dr. Michael Schröder, der von 1997 bis 2021 die Medienthemen und damit auch den Akademie-Report gestaltet und geleitet hat.

Es ist jeder Institution zu wünschen, dass die aktuelle Leiterin Gründe hat, dem Vorgänger im Amt dankbar zu sein. Dieser Grundsatz gilt natürlich auch in der Akademie für Politische Bildung. Neben anderem bin ich dem früheren Direktor der Akademie, Professor Heinrich Oberreuter, dafür dankbar, dass er bereits Mitte der 1970er Jahre das Potential seines damaligen Studenten Michael Schröder erkannte und diesen in der Folgezeit erst an seinen Passauer Lehrstuhl und nach einer oberreuterfreien Station schließlich im Jahr 1997 als Dozent an die Akademie nach Tutzing holte. Dr. Michael Schröder gehörte dem Kollegium der Akademie seit Juni 1997 an und ging im Mai 2021 in den Ruhestand. Dass diesem Begriff natürlich das übliche Etikett „wohlverdient“ anzufügen ist, weiß ohnehin jeder, der auch nur einen Teil von Schröders Arbeitspensum überblickt. Viel zu selten wird darüber gesprochen und geschrieben, dass diejenigen, deren Ruhestand tatsächlich wohlverdient ist, an ihrem bisherigen Arbeitsplatz eine Lücke hinterlassen. Zweifelsohne: Generationenwechsel müssen sein. Schließlich ändert sich im

Arbeitsbereich Medien- und Kommunikationspolitik gerade unter den Vorzeichen der digitalen Kommunikation besonders viel und das auch besonders schnell. Mit diesen Entwicklungen hat Michael Schröder nicht nur mitgehalten, sondern er hat sie häufig vorhergesehen und prognostiziert. Dass ihm das regelmäßig gelang, hat auch damit zu tun, dass er sich in seinen unzähligen Tagungen und Fortbildungen nicht darauf beschränkte, auf sein umfassendes Netzwerk aus Kooperationspartnern sowie Referentinnen und Referenten zurückzugreifen. Vielmehr war ihm immer die richtige Mischung aus Bewährtem und (noch) Unbekanntem wichtig. Auch die Kolleginnen und Kollegen in der Akademie haben indirekt davon profitiert, dass fast jede „Schröder-Tagung“ dadurch gleichzeitig zur Fortbildung in eigener Sache wurde; schließlich dienen die regelmäßigen Besprechungen des Kollegiums auch dazu, die anderen auf den neuesten Stand zu bringen.

Veränderungen im Mediensystem müssen auch Thema im schulischen Unterricht sein. Das gilt umso mehr, wenn der damit verbundene Umbruch derart weitreichende Auswirkungen auf die öffentliche Meinungsbildung hat wie die Digitalisierung der Kommunikation. Aber wie gelingt es, Lehrerinnen und Lehrer, von denen viele keine Tageszeitung lesen und Streamingdiensten stärker verbunden sind als den öffentlich-rechtlichen Medien, zu vermitteln, was unsere Medienordnung von derjenigen autoritärer Staaten unterscheidet? Welche Einblicke muss eine Fortbildungstagung vermitteln, damit die Lehrkräfte



In Besprechungen schätzten ihn Kolleginnen und Kollegen als einen kritischen Geist und einen konstruktiven Gesprächspartner.
© Archiv (APB)

te aus eigener Anschauung verstehen, dass Widerspruch erforderlich ist, wenn Schüler oder Eltern vom „Staatsfunk“ sprechen oder pauschal den angeblichen „Mainstream“ der klassischen Medien anprangern. Auch Michael Schröder hatte dafür kein Patentrezept, aber dafür etwas Anderes: profunde fachliche Expertise. Schließlich ist er nicht nur gelernter Journalist, der an der Deutschen Journalistenschule in München ausgebildet wurde, sondern auch promovierter Politik- und Kommunikationswissenschaftler mit akademischer Lehr- und Forschungserfahrung. Zudem eignete er sich durch seine spätere Tätigkeit an der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel und seit 1997 in Tutzing viel Erfahrung in den Inhalten wie auch den Methoden der politischen Erwachsenenbildung an. Diese Kombination aus journalistischer Praxis, wissenschaftlicher Befähigung sowie Freude an der Entwicklung und Anwendung von Methoden der politischen Bildung macht den Tagungsleiter glaubwürdig und seine Veranstaltung lehrreich. Auch die Leserinnen und Leser unseres Akademie-Reports profitierten von seiner Vielseitigkeit, seinem journalistischen Blick und seiner Fähigkeit, zu ausführliche Tagungsberichte aus dem Kollegium so „einzudampfen“, dass sie informativ blieben und lesbar wurden.

Michael Schröders Wissen und Urteilskraft beschränkt sich aber nicht auf die klassischen und die digitalen Medien oder die verschiedenen Facetten journalistischer Arbeit. Er war innerhalb der Akademie auch der Hauptansprechpartner für alle Fragen der schulischen und außerschulischen politischen Bildung: Er koordinierte die praktische Zusammenarbeit mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen, vertrat die Akademie u.a. im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten sowie im bayerischen Landesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Sein mitunter unbarmherziger Blick auf die Schwächen der schulischen politischen Bildung in Bayern hat viele Fachgespräche bereichert und womöglich geholfen, die eine oder andere Verbesserung im bayerischen Schulsystem auf den Weg zu bringen. Auch sein politisches Urteil war und ist meistens recht hart: Die Neigung mancher hiesigen Akteure zum „Spezitum“ ist dem gebürtigen Hamburger und bekennenden Norddeutschen immer suspekt gewesen. Dass er den einen oder anderen Auswuchs aber nicht nur scharf kommentiert, sondern auf der Grundlage seines politikwissenschaftlichen Sachverstands und seines komparativ ausgebildeten Gespürs für bayerische Befindlichkeiten auch einzuordnen in der Lage ist, machte ihn als Dozent zusätzlich glaubwürdig; sowohl bei den zahlreichen Ausbildungen für Journalistinnen und Journalisten als auch bei unseren Fortbildungen für Lehrkräfte.

Positive Erinnerungen außerhalb und innerhalb der Akademie schufen auch die weiteren Talente des vielseitigen Herrn Schröders: Von seinem Organisations-

geschick und seinen vielen professionellen Kontakten profitierten Lehrkräfte, die mit ihm Redaktionen besuchen konnten. Und viele Medienschaffende dürften sich mit Wehmut an die Zeiten erinnern, als Michael Schröder „Informationsreisen für Journalisten“ nach Berlin, Brüssel, Hamburg oder Straßburg anbot. Wie sehr sich die Arbeitsbedingungen in den Medien verändert haben, merkten wir daran, dass die Anmeldungen schließlich weniger wurden: Wenn der Arbeitsdruck steigt, gelten Fortbildungen als (überflüssiger) Luxus. Dass sich in der Folge ein gefährlicher Teufelskreislauf auftun kann, der die Qualität der Qualitätsmedien mindert, wurde zwangsläufig zum Gegenstand medienpolitischer Tagungen.

Die Akademie für Politische Bildung hat nicht nur einen Bildungsauftrag nach außen, sondern auch nach innen: Die von Michael Schröder auch jenseits seiner zeitweiligen Tätigkeit als Personalratsvorsitzender organisierten mehrtägigen Personalfahrten, die ungefähr alle zwei bis drei Jahre stattfinden, waren keine x-beliebigen Ausflugsfahrten, sondern boten – ebenso wie die eintägigen Betriebsausflüge – immer historische und politische Informationen in Verbindung mit Besichtigungen und hochkarätigen Gesprächen.

Effizient arbeitende Menschen ziehen Zusatzarbeit fast zwangsläufig an. Herr Schröder bekam das in den 24 Jahren seiner Dozententätigkeit für die Akademie zu spüren. Entlastung gab es selten – zu nennen ist vor allem die Schaffung einer Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – hinzu kam ständig Neues. Dass die meisten Ideen für die zusätzlichen Aufgaben – zum Beispiel die zahlreichen Kulturveranstaltungen in der Akademie – häufig auf seiner Initiative beruhen, zeichnet ihn noch mehr aus.

Damit schließt sich der Bogen zur eingangs angesprochenen Lücke, die Dr. Michael Schröder in der Akademie hinterlässt. Wir sind froh, dass seine Nachfolgerin als Dozentin für Medien, Journalismus und Politische Kommunikation, Frau Kinza Khan, viele Aufgaben von Herrn Schröder übernimmt. Der vorliegende Akademie-Report entstand bereits in ihrer Verantwortung – mit der tatkräftigen Unterstützung durch Antonia Kreitner. Andere bisherige Schröder-Aufgaben wurden in der Akademie neu verteilt, und bei manchem Thema werden wir wohl erst in Zukunft merken, was er noch so alles geleistet hat.

Für all das, aber auch für die vertrauensvollen und anregenden Unterredungen während unserer Arbeitspaziergänge am See in fast zehn Jahren gemeinsamer Arbeit bin ich Herrn Dr. Schröder ausgesprochen dankbar. Ich gönne ihm also – wenn auch wehmüdig – den (jetzt folgt die Floskel) wohlverdienten Ruhestand. Alles Gute!

Ursula Münch



Akademie heißt neue Dozentinnen willkommen

Im Juni 2021 durfte die Akademie zwei neue Kolleginnen begrüßen: Zum 1. hat Kinza Khan die Dozentur für den Bereich Medien, Journalismus und Politische Kommunikation angetreten. Zum 15. stieß Dr. Giulia Mennillo als Dozentin hinzu, die für die Themen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Nachhaltigkeit verantwortlich ist. Sie trafen sich zum Gespräch über ihre neuen Stellen, was sie vorhaben und wo Schnittpunkte zwischen ihren Themen sind. Ein Ausschnitt.

Khan: Sie sind von Singapur für die Stelle an der Akademie in den Landkreis Starnberg gezogen, warum war die Stelle so attraktiv für Sie?

Mennillo: Die Akademie für Politische Bildung kenne ich aus meiner Zeit als Doktorandin. Als Referentin an einer Tagung zum Thema Wirtschaftskrisen beindruckte mich die Akademie als Forum des Austauschs im politischen Diskurs, das Ringen um das beste Argument zwischen den Tagungsteilnehmern, den Vertretern der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Persönlich bin ich kein Fan von akademischen Elfenbeintürmen. Sozialwissenschaft muss in gewissem Maße auch gesellschaftspolitisch relevant sein. Diesen Auftrag zur erfüllen, Themen zu setzen und Diskussionen anzuregen erlaubt die Dozentur an der Akademie auf einzigartige Weise. Was hat Sie bewogen, Frau Khan?

Khan: In dieser Stelle kann ich Journalistin und Forcherin zugleich sein. Nach langjähriger Arbeit u. a. für ZDF, SWR und F.A.Z.-Fachverlag bin ich in die Wissenschaft gegangen, um meine journalistische Arbeit theoretisch und empirisch zu reflektieren. In meiner Dissertation beschäftigte ich mich bspw. mit Vorwürfen gegen Medienschaffende und unserem Russlandbild in den deutschen Printmedien, in Zusammenhang mit soziologischen Theorien über das Denken und Formulieren. An der Akademie kann ich journalistische Fachthemen wissenschaftlich weiterdenken und die Erkenntnisse für die politische Bildungsarbeit und zur Fortbildung für Journalistinnen und Journalisten nutzen, bspw. im Rahmen von Radiotagen oder Recherchewerkstätten. Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf?



Kinza Khan
© Winterer (APB)

Giulia Mennillo

Mennillo: Besonders akut im Moment sind die kurzfristigen Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft. Der Staat ist in einem nie dagewesenen Maße aktiv geworden um – wortwörtlich – den „Laden am Laufen zu halten“ zu halten. Eine Diskussion um diese Maßnahmen und deren Folgen nicht nur im Bereich Wirtschaft, aber auch Gesellschaft ist Thema meiner ersten großen Fachtagung, die Anfang Dezember an der Akademie stattfinden wird.

Khan: Was sind das für Folgeeffekte, die Sie ansprechen?

Mennillo: Schauen wir zum Beispiel auf die Auswirkungen im Bereich Geld- und Fiskalpolitik. Die Schuldenbremse oder die „Schwarze Null“ zu lockern oder gar aufzuheben wäre vor Corona in der Bundesrepublik über die meisten politischen Parteien hinweg undenkbar gewesen. Der Staat hat zur Pandemiebekämpfung Unterstützungsmaßnahmen ganz neuen Ausmaßes auf den Weg gebracht. Ob dies einen Paradigmenwechsel einläutet, was das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft angeht, oder wir bald wieder auf den bisherigen Pfad kommen, bleibt noch zu sehen. Die Pandemie hat in vielen Bereichen disruptive Veränderungen eingefordert, die in Normalzeiten in dieser Form unmöglich gewesen wären. Denken Sie nur an den Bereich Digitalisierung und „e-commerce,“ oder auch an das dezentrale Arbeiten. Die technischen Möglichkeiten waren ja schon vorher da. Aber die Pandemie hat alte Gewohnheiten und Denkmuster vielleicht nicht komplett überwunden, aber zumindest zum Bröckeln gebracht. In einer zweiten Tagung werde ich mich den Parallelen zwischen der Pandemie und der ökologischen Krise widmen. Bei beiden Herausforderungen können wir beobachten, dass sowohl Beschleunigungs- als auch Bremseffekte zu Tage treten. Kurzfristiges Denken verhindert zuweilen, dass Kapazitäten mobilisiert werden um die jeweiligen Herausforderungen nachhaltig in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig herrscht in beiden Krisen

das Denken in konstruierten Dichotomien: Wirtschaft versus Pandemie einerseits, oder Klima versus Wirtschaft andererseits. In beiden Fällen ist die große Frage, wie ein Wirtschaften möglich ist, das die ökologischen Grundlagen, auf das eben dieses System ruht, nicht zerstört werden. Im Fall der Pandemie; wie kann eine Ökonomie weiterhin funktionieren, ohne dass sie auf Kosten der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger geht, die diese Wirtschaft ausmachen als Konsumenten, Mitarbeiterinnen etc. Wie ging es den Medien in diesen Zeiten?

Khan: Krisenberichterstattung an sich ist ein kritischer Bereich. Nun haben wir es hier mit einer Krise der öffentlichen Gesundheit globaler Dimension zu tun, in der aber jeder von uns ganz persönlich betroffen ist. Für die Journalistinnen und Journalisten heißt das: Sie müssen in ihrer Funktion als Informierende dreierlei tun. So müssen sie die Komplexität von gesundheitsbezogenen Informationsquellen wie Zahlen und Statistiken begreifen, wissenschaftlich komplexe Zusammenhänge für die breite Öffentlichkeit verständlich aufbereiten (was gelegentlich zu Disputen mit Virologen führt), und in dem vorliegenden Fall abwägen, ob sie die gesellschaftlich-öffentliche Ebene wie Politik, Wirtschaft oder Kultur beleuchten oder die gemeinschaftlich-private Sphäre. All das findet statt unter erschwerten Bedingungen wie eingeschränkter Mobilität. Wie gut das der Branche insgesamt gelungen ist, wird sich noch zeigen, belastbare empirische Studien zum Thema fehlen bis dato. Aber weil das Thema Datenjournalismus so komplex und wichtig zugleich ist, bereite ich für kommendes Jahr eine Tagung mit Fortbildungscharakter dazu vor. Was sind für Sie die Themen der Zukunft in Ihren Arbeitsbereichen?

Mennillo: Prozesse wie die Digitalisierung und KI sind Tiefenströmungen, die unsere Gesellschaft grundlegend verändern. Hierzu wird es eine dreiteilige Veranstaltungsreihe zum Thema „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft“ geben. Sei es die Individualisierung und die Dualisierung des Arbeitsmarkts, die Zunahme der „Gig Economy“ und neue Formen der Erwerbstätigkeit, die andere Verständnisse von Arbeitnehmerschutz und Selbstständigkeit hervorbringen, werden wir u.a. bearbeiten. Spielt das Thema KI für Sie eine Rolle?

Khan: Die Anwendungsoptionen von Künstlicher Intelligenz allein im Bereich Journalismus sind so vielfältig wie vielversprechend. Bereits heute helfen Algorithmen etwa bei der Recherche großer Datenmengen, die einzelne Menschen nicht mehr auswerten könnten. In den Bereichen Wetter- und Sportberichterstattung gibt es sogar, und auch schon länger, automatisierte Textproduktion, was auch bspw. zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021 eingesetzt wurde – hier hat zum Beispiel der Mitteldeutsche Rundfunk automatisierte Wahlberichte für Gemeinden und Wahlkreise angeboten. Das ist also ein großes und spannendes Feld.

Mennillo: Was Sie beschreiben erinnert mich stark an die Veränderungen, die gerade im Finanzmarkt stattfinden im Bereich Fintech. Auch hier zeichnen sich disruptive Entwicklungen ab; Krypto- und digitale Währungen, Blockchain-Technologie, automatisiertes Handeln. All dies eröffnet neue Geschäftsbereiche, stellt aber auch den Gesetzgeber vor enorme Herausforderungen. Ob KI und diese neuen Technologien in der Finanzbranche bessere Produkte hervorbringen und zu Gunsten der Allgemeinheit gehen, bleibt noch zu sehen. Das scheint ja auch eine offene Frage im Journalismus zu sein.

Khan: Dann sollten wir uns dazu zusammenschließen. Vielen Dank für das Gespräch. 

Kinza Khan, M.A. hat in Frankfurt am Main, London und Israel Vergleichende Religionswissenschaft, Politik und Orientalistik studiert. Es folgte eine Nachrichtenausbildung beim Zweiten Deutschen Fernsehen in der heute.de, im Landesstudio Baden-Württemberg und in der Redaktion von Maybrit Illner. Die Dissertation in der Kommunikationswissenschaft an der Universität Bamberg, wo sie auch lehrt, ist in Fertigstellung. Als Journalistin und Wissenschaftlerin war sie zum Forschen und Arbeiten u.a. in Tunesien, Estland, USA, Russland, Großbritannien und Israel. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Nachrichtenforschung, Krisen- und Konfliktberichterstattung, Religionssoziologie, Fundamentalismen sowie Framing aus konstruktivistischer und phänomenologischer Perspektive.



Link: bit.ly/MedienKhan

Dr. Giulia Mennillo hat Internationale Volkswirtschaftslehre an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen studiert. Vor ihrer Dozentur an der Akademie war Giulia Mennillo im Bereich Forschung und Lehre an der National University of Singapore tätig. Sie war stellvertretende akademische Leiterin der Studiengangs Globale Studien und zuständig für den Bereich Globale Politische Ökonomie. Ihre Promotion absolvierte Giulia Mennillo an der Universität St. Gallen zum Thema des politischen Einflusses von Ratingagenturen als transnationale Akteure auf den globalen Finanzmärkten. Ihre Promotion führten sie u.a. zu Forschungsaufenthalten an der Harvard University, Brown University in den USA und der Universität Warwick in Großbritannien. Sie hat mehrfach zum Thema Ratingagenturen publiziert. In ihrer Forschungsagenda befasst sich Giulia Mennillo mit den Steuernsmechanismen und der Regulierung internationaler Finanzmärkte.



Link: bit.ly/Mennillo

Vor 50 Jahren: Akademiekollegium berät mit Waldemar von Knoeringen das Modell einer „Kritischen Akademie“

Nur wenige Wochen vor seinem Tode war unser Mitbegründer Waldemar von Knoeringen (1906–1971) am Freitag, dem 5. März 1971 (mutmaßlich) letztmalig zu Gast in der Akademie für Politische Bildung, um sich mit dem Tutzinger Kollegium über das Modell einer „Kritischen Akademie“ zu beraten.

Bereits im Jahr 1970 hatte sich unter Regie der Georg-von-Vollmar-Akademie eine Studiengruppe aus Erwachsenenbildnern, Pädagogen, Gewerkschaftern und Architekten mit dem Konzept einer kritischen Akademie beschäftigt. Der Studiengruppe ging es vor allem darum, den Gedanken der kritischen Bewusstseinbildung theoretisch zu erfassen und im Hinblick auf die (Anforderungen der) Erwachsenenbildung und ihre Möglichkeiten zu konkretisieren. Unter Hinzuziehung von Architekten waren dabei zugleich auch Ideenentwürfe für das Modell eines modernen Akademiegebäudes entwickelt worden. Die konzeptuellen Vorarbeiten flossen ein in eine Denkschrift mit dem Titel „Die Kritische Akademie – Ein Modell“, die in Verbindung mit der Stiftung zur Förderung von Bildung und Erholung der Arbeitnehmer der Miederindustrie erarbeitet und dem Beratungsgespräch mit dem Tutzinger Akademiekollegium zugrunde gelegt wurde. Daran anschließend war ursprünglich für den 11. September 1971 im Münchner Maximilianeum ein Kolloquium „Modell Kritische Akademie“ geplant, dessen Initiator niemand anderes als Waldemar von Knoeringen war. Aufgrund seines plötzlichen Ablebens musste zwar das Kolloquium verschoben werden, Knoeringens Ideen jedoch brachen sich – auch in diesem Falle – bald schon Bahn.

„Kritische Akademie“ nimmt Gestalt an

Die konkrete Verwirklichung der Kritischen Akademie der Gewerkschaft Textil-Bekleidung begann mit dem Grundstückserwerb in Inzell im Jahre 1972. Die Grundsteinlegung erfolgte dann am 1. August 1974. Und der Gründungsleiter der Kritischen Akademie, Eckhard Colberg, gehörte – und hier schließt sich der Kreis wieder – bis zu seinem Wechsel im Jahre 1976 als Dozent dem Kollegium der Akademie für Politische Bildung an. Man könnte also mit einiger Berechtigung



Waldemar von Knoeringen

© Archiv (APB)

formulieren, die Politische Akademie stand in gewisser Weise mit Pate für die „Kritische Akademie Inzell“. In jedem Falle ist beiden gemein, dass sie auf die maßgebliche Initiative Waldemar von Knoeringens zurückgehen – wie übrigens auch die bereits 1948 von ihm mitbegründete Georg-von-Vollmar-Akademie auf Schloss Aspenstein in Kochel am See sowie die Akademie Frankenwarte in Würzburg.

Spiritus Rektor Waldemar von Knoeringen

Waldemar von Knoeringen gehört zweifellos zu den herausragenden Vertretern der bayerischen wie der deutschen Sozialdemokratie. Wie kaum ein anderer hat der „Rote Baron“ der politischen Bildung und Demokratieerziehung nach 1945 vielzählige Impulse gegeben.

Nach seinem Verzicht im September 1963 auf eine erneute Kandidatur für den SPD-Landesvorsitz, den er seit 1947 ausgeübt hatte, konzentrierte sich Knoeringen fortan mit noch größerem Einsatz auf die Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie gesellschafts- und kulturpolitische Grundlagenarbeit. Mitte der 1960er Jahre, in einer von vielen Diskussionen um die inhaltliche und methodische Erneuerung der politischen Bildung und Erziehungsarbeit geprägten Zeit, initiierten Knoeringen und eine Gruppe junger Akademiker um den unvergessenen „Grenzgänger“ Peter Glotz eine Kampagne zur „Mobilisierung der Demokratie“ – in seiner Partei, aber gerade auch darüber hinaus.

Zwei Jahre vor der Studentenrevolte und rechtzeitig zum Dortmunder SPD-Parteitag vom Juni 1966 legte diese Gruppe – der auch die ehemaligen Akademiemitarbeiter Peter Hanke, Jürgen Maruhn und Hans-Gün-

ter Naumann angehörten – eine 200 Seiten starke Programmerklärung mit dem Titel „Mobilisierung der Demokratie“ vor. Die Schrift tritt ein für die zukunftsorientierte Reform der bundesdeutschen Demokratie, die Belebung der demokratischen Institutionen sowie die Verbesserung der Willensbildungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in Staat und Gesellschaft – all das im Geiste eines „demokratischen Realismus“.

Demokratiebildung als oberstes Ziel

Die Auseinandersetzung mit den antidemokratischen Kräften wird in der Programmschrift Mobilisierung der Demokratie als eine der zentralen und immerwährenden Aufgabe aller Demokraten hervorgehoben. Nichts anderes ist und bleibt auch der Akademie zur dauerhaften Aufgabe gestellt. In Artikel 2 Absatz

1 des Akademiegesetzes vom 27. Mai 1957 heißt es: „Zweck der Akademie ist es, die politische Bildung in Bayern auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen. Die Akademie dient dabei der Festigung des Gedankengutes der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung.“ Mobilisierung der, und Mobilisierung für die Demokratie – in diesem Sinne versucht die Akademie für Politische Bildung jeden Tags aufs Neue dem Vermächtnis ihres charismatischen Mitbegründers und Ideengebers gerecht zu werden.

Waldemar von Knoeringen ist leider allzu früh am 2. Juli 1971 einem plötzlichen Herzversagen erlegen. In diesem Jahr begehen wir in tiefem Respekt und großer Dankbarkeit seinen 115. Geburtstag und 50. Todestag.

Steffen H. Elsner



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Saskia Hieber hielt einen Vortrag über „Neue Entwicklungen in den USA und China“. Für die Reihe „Akademie am Abend“ sprach sie über „Chinas neue Außenpolitik und Infrastrukturinvestition mit besonderem Fokus auf Myanmar“. Im Akademiepodcast 17 diskutierte sie Chinas Außenpolitik 2021 und in der Ausgabe 9 China und die Corona-krise. In externen akademischen Podcasts sprach Saskia Hieber über die neue autoritäre Supermacht China und die Bundeswehrreform. Sie moderierte eine asienpolitische Fachkonferenz über Multilateralismus. Im Wintersemester bietet Hieber im Zuge ihres Lehrauftrags an der Universität Regensburg eine Veranstaltung an zu „Foreign Policy Narratives and Ideologies in China and the United States.“

Dr. Andreas Kalina hielt an der Professional School of Education der Julius-Maximilians-Universität Würzburg einen Vortrag über „Demokratie und politische Bildung in Zeiten der Digitalisierung“. Beim Heinz-Kühn-Bildungswerk in Dortmund sprach und

debattierte er zum Thema „Rhythmusstörungen im Herzen Europas? Die deutsch-tschechischen Beziehungen auf dem Prüfstand“. In Tutzing analysierte er in seinem Vortrag „Leben in Blasen: Zerplatzen Europas Gesellschaften?“ den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Als Studiogast in alpha-demokratie auf ARD-alpha debattierte er den Reformbedarf und -fähigkeit der EU und erörterte, inwiefern Bürgerbeteiligung in der Union ein Stück weit eine Illusion bleiben wird.

Dr. Michael Mayer sprach auf ARD-alpha zum Thema „Rassismus in den USA“ und erläuterte in diesem Zusammenhang u.a. historische und aktuelle Debatten zur Reform der amerikanischen Polizeibehörden sowie zu Wahlrechtsdiskriminierungen in den Vereinigten Staaten.

Dr. Michael Schröder sprach bei einer Talksendung bei Radio Osnabrück über „Corona als Stress-test für den Journalismus“.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Kinza Khan, M.A. (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistenz)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Bartoszewski und Bayern

Publizist, Historiker, Widerstandskämpfer, polnischer Außenminister: Władysław Bartoszewski hat viele Rollen gefüllt. Über sein Leben erzählt die Wanderausstellung „Władysław Bartoszewski 1922-2015. Widerstand – Erinnerung – Versöhnung“ der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin, die im Frühling 2021 an der Akademie für Politische Bildung zu sehen war. Wer das Gastspiel verpasst hat, den führt unsere PR-Praktikantin Sara Ritterbach Ciuró virtuell auf Instagram durch die wichtigsten Stationen.

Ein besonderes Verhältnis hatte der Warschauer Bartoszewski zu Bayern. „Hier fand er in den 80er Jahren Zuflucht. Hier konnte er das machen, was für ihn immer am wichtigsten war: unterrichten, schreiben, erzählen, seine Erfahrungen an junge Menschen weiterreichen“, erzählt sein langjähriger Sekretär Marcin Barcz über die 80er Jahre, als Bartoszewski als Gastwissenschaftler an den Universitäten in Eichstätt, Augsburg und München lehrte. In Deutschland sah Bartoszewski aber noch eine andere Aufgabe: den jungen Deutschen über die polnischen Erfahrungen der Zeitgeschichte und die polnische Sicht auf den Zweiten Weltkrieg zu erzählen. Als Auschwitz-Über-



Die Ausstellung widmet sich der Biografie des verstorbenen ehemaligen polnischen Außenministers, Diplomaten und Historikers. © Winterer (APB)

lebender und Zeitzeuge der Besatzung sind seine Erzählungen von ganz besonderer Bedeutung. Das vollständige Interview mit Barcz ist auf der Akademie-Website zu lesen.

BW

Linktipps

Interview: bit.ly/bartoszewski-bayern



Instagram-Rundgang durch die Ausstellung: bit.ly/bartoszewski-inst



Wir spielen mit den Grundrechten

Bei Weihnachtsfeiern oder am Tag der offenen Tür packen wir an der Akademie für Politische Bildung immer eines unserer Lieblingsspiele aus: das Grundrechte-Memory GG20. Während der Pandemie haben wir leider kaum noch Gelegenheit, mit Kolleginnen oder Gästen die Grundrechte unserer Demokratie spielerisch zu diskutieren. Deswegen haben wir eine Video-Anleitung für das Spiel zu Hause produziert.



Memory-Bild: Bei GG20 suchen die Spielerinnen und Spieler Grundrechte-Paare.

© Ritterbach Ciuró (APB)

GG20 läuft zunächst wie ein klassisches Memory ab: Die Spieler suchen unter den verdeckten Karten nach Grundrechte-Paaren, darunter Menschenwürde, Eigentum und Versammlungsfreiheit. Allerdings versteckt sich dazwischen das Monster Demokritis, das den Spielerinnen ihre gewonnenen Grundrechte wieder entreißt. Für jede Demokritis-Karte, die ein Spieler aufdeckt, muss er am Ende ein Grundrecht abgegeben – und steht vor der schwierigen Entscheidung: Besser die Freizügigkeit oder die Meinungsfreiheit behalten? Freie Berufswahl oder Staatsangehörigkeit? Gar nicht so einfach... Spätestens jetzt wird klar, was im Alltag oft vergessen wird: der Wert unserer Grundrechte.

Die Evangelische Akademie der Nordkirche bietet GG20 als kostenlose Online-Version (www.gg20.de) und als Kartenspiel an (Bestellung: rostock@akademie.nordkirche.de, 5 Euro). Die Video-Anleitung ist auf dem YouTube-Kanal der Akademie für Politische Bildung zu sehen. Viel Spaß!

BW

Linktipp

Link: youtu.be/F3HiiZHMpGQ



Vergelt's Gott!

Wo Wolfgang Krebs ist, da sind die bayerischen Politiker nicht weit. Mit seinem neuesten Programm „Vergelt's Gott!“ hat er Söder, Aiwanger & Co. und erstmals auch Angela Merkel an die Akademie gebracht. Wir haben „ihre“ besten Sprüche gesammelt.



„So einen wie den Hubert hätte ich mir nicht mal als Hofnarren gehalten.“

König Ludwig II.



„Der niederbairische Dialekt gehört zu den intelligentesten der Welt – und zu den ökonomischsten. Wir kommen mit vier Vokalen aus.“

Hubert Aiwanger



„Wohnungsnot... Da mach ma so vieles, das kann man gar nicht einzeln aufzählen... Die meisten Grünen-Wähler, die ich kenne, wohnen in einem Einfamilienhaus oder in einem Baumhaus im Hambacher Forst.“

Markus Söder



Linktipp

Den ausführlichen Bericht finden Sie auf unserer Website: bit.ly/wkrebs

„Beim Kurz komme ich nicht in Versuchung. Dem will ich immer Kakao machen und ihn warm zudecken. Und Boris Johnson: Sich als Regierungschef selbst die Haare schneiden, das muss man bringen.“

Angela Merkel



„Mir ist nur wichtig, dass ich woanders hinkomme als Söder. Stell dir vor, du sitzt mit ihm auf einer Wolke und er will immer Wolkenführer werden.“

Horst Seehofer



„Äh, äh, äh, es gibt noch Spuren von Sozialdemokratie in Bayern, aber nur noch Spuren. Wie bei dieser Medizin mit dem Globus, Globanten, Globuli.“

Edmund Stoiber



© WINTERER (APB)

Die Akademie trauert um Matthias Jena

Kuratoriumsmitglied verstirbt mit nur 60 Jahren

Im Alter von nur 60 Jahren ist unser Kuratoriumsmitglied Matthias Jena nach schwerer Krankheit gestorben. Der bisherige Vorsitzende des DGB Bayern gehörte dem Gremium der Akademie seit 2013 an.

Die Akademie trauert um ihr Kuratoriumsmitglied Matthias Jena. Der Vorsitzende des DGB Bayern ist am 29. Juni im Alter von nur 60 Jahren verstorben. Erst vor wenigen Wochen hatte er sich krankheitsbedingt von der Spalte des bayerischen Gewerkschaftsbundes zurückgezogen. Die Nachricht vom viel zu frühen Tod von Matthias Jena betrübt auch die Direktorin der Akademie für Politische Bildung sehr: „Wir hatten nach dem Bekanntwerden seiner Erkrankung gehofft und ihm gewünscht, dass ihm noch viele Jahre vergönnt sein würden“, sagt Ursula Münch.

Der gebürtige Münchener Matthias Jena war seit 2013 Mitglied des Kuratoriums der Akademie für Politische Bildung, und damit Nachfolger von Fritz Schösser. Beim DGB hatte er dessen Nachfolge



© DGB

bereits 2010 angetreten. Zuvor war Matthias Jena als Pressesprecher der IG Metall sowie in verschiedenen Funktionen beim DGB tätig gewesen. In einer Stellungnahme beschreibt ihn der DGB Bayern als einen „entschlossenen Kämpfer für eine demokratische und tolerante Gesellschaft“.

Direktorin Ursula Münch und die Mitglieder des Kuratoriums der Akademie sind in Gedanken bei seiner Familie. Wir werden Matthias Jena ein ehrendes Andenken bewahren.


BW

Personelle Veränderungen im Beirat der Akademie

Am 30. April 2021 hat die 16. Amtsperiode des Beirates der Akademie für Politische Bildung begonnen, die mit zahlreichen personellen Veränderungen verbunden ist. Aus dem Beirat ausgeschieden sind: Klaus Drausche, Liselotte Feller, Eike Hallitzky, Josef Kammermeier, Dr. Johann Keller, Dr. Alfred Lange, Heinrich Schmidt, Horst Schmidt und Jürgen Wunderlich. Den Beirat verlassen haben zudem Prof. Dr. Klaus Meisel und Dr. Hilde Stadler, die als Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende die Arbeit des Beirats in den vergangenen zwei Amtsperioden maßgeblich geprägt haben.

Ihnen und allen weiteren ehemaligen Beiratsmitgliedern danken wir für die vertrauensvolle und engagierte Zusammenarbeit, aus der zahlreiche Denkanstöße für die Tätigkeit der Akademie hervorgegangen sind.

Neu im Beirat vertreten sind: Bernd Buckenhofer (Kommunale Spitzenverbände), Mary Fischer (Freie Wähler), Daniel Föst, MdB (FDP), Katharina Geiger (Frauenorga-

nisationen), Rainer Gross (AfD), Dr. Christian Hörmann (Organisationen der Erwachsenenbildung), Natascha Kohnen, MdL (SPD), Pankraz Männlein (Lehrerverbände), Dr. Dorith Müller (Vertriebenenverbände), Andrea Roth (Bayerischer Journalisten-Verband), Thomas von Sarnowski (Bündnis 90/Die Grünen), Klothilde Schmöller (Bayerischer Landes-Sportverband) und Dr. Bruno Waldvogel (Verband Freier Berufe in Bayern).

Wir begrüßen die neuen Mitglieder ganz herzlich und freuen uns auf die konstruktive Zusammenarbeit in den kommenden vier Jahren.

In der konstituierenden Sitzung des Beirats wurden zudem Dr. Christian Hörmann und Gerti Oswald (Industrie- und Handelskammern) zum Vorsitzenden bzw. zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Wir gratulieren ihnen ebenfalls sehr herzlich und wünschen ihnen viel Erfolg bei Lenkung der Geschäfte dieses für die Akademie wichtigen Gremiums.

Parteiensystem



Ursula Münch,
Heinrich Oberreuter,
Jörg Siegmund (Hrsg.)

Komplexe Farbenlehre
Perspektiven des deutschen Parteiensystems im Kontext der Bundestagswahl 2017
Campus, Frankfurt/New York 2021, 1. Auflage
ISBN-13: 978-3-593-51032-3, 307 Seiten, 34,95 Euro

Komplexe Farbenlehre

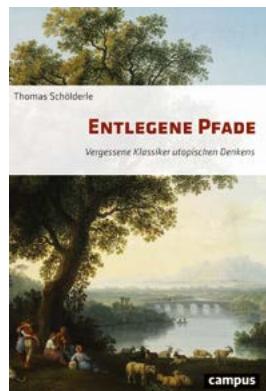
Perspektiven des deutschen Parteiensystems im Kontext der Bundestagswahl 2017

Massive Verluste für CDU/CSU und SPD, die Rückkehr der FDP und der Einzug der AfD in den Bundestag, zähe Koalitionsverhandlungen zwischen September 2017 und März 2018: Die Bundestagswahl von 2017 hat sich tief in die Erinnerung eingegraben. In diesem Band legen Expertinnen und Experten eine Nachlese vor, die neben den Besonderheiten des Wahlkampfs, dem Wählerverhalten und dem Wahlergebnis besonders die Folgen dieser Wahl für das deutsche Parteiensystem in den Blick nimmt. Im Fokus stehen dabei nicht nur die Regierungsbildung und die Positionierung der Parteien in der neuen Legislaturperiode, sondern auch die Einordnung der Entwicklungen aus einer langfristigen Perspektive.

Mit Beiträgen von:

Ulrich Berls, Svenja Boberg, Sebastian Bukow, Frank Decker, Markus Engels, Lena Frischlich, Tim Geiger, Roberto Heinrich, Pablo Jost, Helmut Jung, Elias Koch, Marcus Maurer, Stefan Merz, Daniela Münkel, Gero Neugebauer, Heinrich Oberreuter, Thomas Petersen, Thorsten Quandt, Tim Schatto-Eckrodt, Nico A. Siegel, Jörg Siegmund, Matthias Storath, Bernhard Vogel und Florian Wintterlin.

Utopie



Thomas Schölderle
Entlegene Pfade
Vergessene Klassiker utopischen Denkens
Campus, Frankfurt/New York 2021, 1. Auflage
ISBN-13: 978-3-593-51435-2, 320 Seiten, 39 Euro

Entlegene Pfade

Vergessene Klassiker utopischen Denkens

Ist Joachim von Fiores mittelalterliche Prophezeiung über ein kommendes »Drittes Reich« eine Utopie? Wie verhält es sich mit Immanuel Kants Entwurf eines ewigen Friedens, mit Juli Zehs düsterer Vision einer drohenden Gesundheitsdiktatur oder mit der Legende von der radikal-fortschrittlichen Piratenrepublik »Libertalia«?

Thomas Schölderle nimmt Grenzfälle des utopischen Denkens in den Blick und fragt nach ihrer Verortbarkeit im klassischen Utopiediskurs, dessen Prototyp der Humanist Thomas Morus im Jahr 1516 mit seiner »Utopia« formuliert hatte. Dabei zeigt sich: So sehr die kanonischen Texte in Morus' Nachfolge die Kerntradition der Utopiegeschichte sichtbar machen, so sehr klären gerade die Entwürfe und Exoten in den Grauzonen über die eigentlichen Profilgrenzen des Genres auf.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Noch überwiegen die Online-Vorträge von **Prof. Dr. Ursula Münch**, aber die Präsenztermine werden erfreulicherweise mehr. In Bern trug die Direktorin vor einem Kreis von Schweizer Sicherheitsexperten zur Frage vor, unter welchen Umständen digitale Netzwerke und Plattformen zu einer Gefahr für liberale Demokratien werden können. Bei einer Kooperationsveranstaltung der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch-Gmünd mit der dortigen Volkshochschule nahm sie an einer „Open-Air“-Runde mit Podiumsgästen aus Journalismus und Politik teil, die kontrovers darüber diskutierten, ob das Grundrecht auf Meinungsfreiheit im Kampf „gegen rechts“ womöglich auf der Strecke bleibe. Im Rahmen einer Online-Veranstaltung von „das salonfestival“, die ein Bankhaus seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „spendierte“, trug Prof. Münch über Ursachen und Auswirken des „Ver-

schwindens“ der Volksparteien vor. Mit der Geschäftsführung eines Berufsverbands im Bereich der Pflege diskutierte sie über das Wahlverhalten von Beschäftigten in der Pflege. Dass man einem Vorurteil erliegt, wenn man meint, Ältere würden sich nicht für die Erscheinungsformen und die gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung interessieren, zeigte sich bei ihrem Vortrag für eine Ringvorlesung des Zentrums Seniorenstudium an der LMU: Der Vortrag fand digital statt und befassste sich mit der Frage, wie viel digitale Kommunikation unsere Demokratie verträgt. Dabei spielte auch ein Thema eine Rolle, über das die Direktorin im Zuge der Präsentation eines Sammelbands des Augsburger Schulpädagogen Klaus Zierer u.a. mit dem Bayerischen Wissenschaftsminister Bernd Sibler und dem Kabarettisten Bruno Jonas diskutierte: „Werte in Bayern“.

BITTE BEACHTEN

Wegen der bei Redaktionsschluss noch gültigen Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie stehen derzeit noch einige Programmankündigungen unter Vorbehalt. Wir bitten um Verständnis. Bitte beachten Sie die aktuellen Programmhinweise sowie unsere digitalen Angebote auf unserer Webseite: www.apb-tutzing.de

Wir freuen uns, wenn wir Sie möglichst bald wieder als Gäste eines halbwegs normalen Tagungsbetriebs in unserer Akademie begrüßen können.